Nr. 257 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 7. November 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Macdonald wieder Ministerpräsident

Die neue englische Regierung — Eine Stimme Mehrheit für die Konservativen — Günstige Aufnahme bei der Bevölkerung

London. König Georg V. hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten seine Zustimmung zu folgender Kabinettsliste gegeben:

Ministerpräsident und erster Lordschatzmeister: Ramsey Macdonald (Nationale Arbeiterpartei).

Lordpräsident des Staatsrates: Baldwin (Konservativ)

Schatzkanzler: Neville Chamberlain (Konservativ).

Innenminister: Sir Herbert Samuel (Nationaler Liberaler).

Lordkanzler: Lord Sankey (Nationaler Arbeiter).

Kriegsminister: Lord Hailsham (Konservativ).

Außenminister: Sir John Simon (Liberaler Nationalist).

Staatssekretär für Indien: Sir Samuel Hoare (Konservativ).

Staatssekretär für die Dominien: Thomas (Nationaler Arbeiter).

Staatssekretär für die Kolonien: Sir Cunliffe Lister (Konservativ).

Luftfahrtsminister: Marques von Londonberry (Konservativ).

Staatssekretär für Schottland: Sir Archibald Sinclair (Nat. Liberaler).

Gesundheitsminister: Sir E. Hilton-Young (Konservativ).

Handelsminister: Walter Runciman (Liberaler Nationalist).

Geheimsiegelbewahrer: Philipp Snowden (Nationale Arbeiterpartei).

Erster Lord der Admiralität: Sir Bolton Eyres-Monsell (Konservativ).

Erziehungsminister: Sir Donald Mac Lean (Nationaler Liberaler).

Minister für Landwirtschaft und Fischerei: Sir John Gilmour (Konservativ).

Arbeitsministerium: Sir Henry Betterton (Konservativ).

Minister für öffentliche Arbeiten: E. Ormsby Gore (Konservativ).

Das Kabinett setzt sich demnach zusammen aus 11 Konservativen, 4 nationalen Arbeitern, 3 nationalen Liberalen und 2 liberalen Nationalisten.

Allgemeine Zufriedenheit mit dem neuen Kabinett

London. Die Liste des neuen Kabinetts der Nationalregierung hat bei den Mitgliedern der verschiedenen Parteien im allgemeinen Befriedigung ausgelöst. Macdonald hat es verstanden, den Charakter seines Kabinetts als einen Ausdruck der verschiedenen an der Regierung beteiligten Parteien durchaus zu wahren und es zu einem Nationalkabinett zu stempeln, das die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien auf einer praktischen Grundlage gestattet und Reibungen, soweit wie möglich ausschaltet. Wichtig ist an der Zusammensetzung des Kabinetts, daß Baldwin die Teilnahme von Konservativen auf die Mitglieder der gemäßigteren Richtung beschränkt und Anhänger des radikaleren hochschutzzöllnerischen Flügel ausgeschaltet hat.



Der neue Vorsitzende der Arbeiterfraktion im englischen Unterhaus

Georg Lansbury, der alte sozialistische Parlamentsabgeordnete, wurde zum Führer der stark zusammengeschmolzenen Arbeiterfraktion im Unterhaus gewählt. Henderson behält weiter den Parteivorsitz.

Weder die Namen von Churchill noch von Amery, Sir Henry Page-Croft oder anderen Diehards sind in der Kandidatenliste enthalten. Diese Zusammensetzung gibt eine Sicherheit dafür, daß die Einführung von Schutzzöllen sicherlich ohne Uebereilung und erst nach reiflicher Ueberlegung erfolgen wird, nachdem der Charakter jedes einzenen Schutzzolles und seine Rückwirkung auf die Industrie und den Handel Englands eingehend untersucht sind, was jedoch nicht ausschließt, daß die Regierung möglicherweise zu sofortigen Notstandsmaßnahmen greifen wird, falls sie überzeugt ist, daß dies im Interesse der Handelsbilanz und des englischen Pfundes notwendig ist.

Sir John Simon wird es zufallen, die neue Zollpolitik und Außenpolitik Englands dem Auslande gegenüber zu verteidigen. Er ist bekannt als ein Gegner der Tributzahlungen, hat Verständnis für die Lage in Deutschland und Europa und verspricht Dank seiner hervorragenden geistigen Eigenschaften und juristischen Dialektik ein guter Anwalt der englischen Interessen zu werden.

Die Ernennung Sir Herbert Samuels zum Innenminister läßt darauf deuten, daß ein nochmaliger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland und dem neuen Kabinett nicht gewünscht wird, wenn es nicht durch ganz außergewöhnliche Umstände zu anderen Wegen gezwungen ist.

Von Brüning zu Hitler?

In der deutschen Reichspresse hat eine eifrige Diskussion eingesetzt, die zunächst am meisten die Zentrumskreise und die Nationalsozialisten interessiert. Dabei wird aber in Wirklichkeit der Reichskanzler vor die Frage gestellt, ob er den Verderbern Deutschlands die Regierungsgewalt ausliefern soll. Der Wunsch mag ja nicht von seiner Seite ausgehen, aber er wird trotz alledem zu dieser Entscheidung getrieben, gemäß der Krise, die ihn unter Hindenburgs Schutz zur Macht in Deutschland brachten. Das Zentrum, dessen Ansprüche er repräsentiert, stellt die geringste Wählerzahl von den maßgebenden Parteien, Sozialdemokratie, Nationalsozialisten und Kommunisten dar. Aber es hat die Schlüsselstellung inne und es ist kein Geheimnis, daß heute eine Regierungskoalition in Deutschland ohne Zentrum nicht möglich ist. Daß das Zentrum diese Stellung ausnutzt, ist weiter nicht zu verdenken, politische Macht hat es schon immer im Interesse der Kirche und deren reaktionären Bestrebungen ausgeübt. Es hat mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten zusammen regiert und wird je nach der Konjunktur, sich auch mit dem Teufel verbinden, wenn es nur seiner Machtposition nützt. Darin unterscheiden sich ja die Klerikalen ebensowenig von der Machtpolitik wie der Papst selbst, der zwar den Krieg verdammt, aber die Waffen segnet, der zwar den Mord verabscheuen läßt, aber, wie in Italien, mit Mördern sogar Verträge abschließt. Ob wir Brüning in Deutschland, Seipel in Oesterreich oder die Klerikalen in der Tschechoslowakei oder ihre Bundesbrüder verschiedener Schattierungen in Polen betrachten, die Politik der Klerikalen ist überall die gleiche: Macht im Staat, um jeden Preis.

In Deutschland liegen die Dinge nun so, daß sich die Nationalsozialisten, als die zweitstärkste Partei im Reich, um die Regierungsteilnahme bemühen. Ueber diese nationalistisch-kriegstreiberischen Ziele des Nationalismus braucht hier kein Wort verloren zu werden. Der französische Chauvinismus hat diese deutsche Sumpfpflanze großgezogen und heute dient sie Frankreich als Abschreckmittel über den deutschen Revanchegeist und verhindert die Verständigung. Der neue französische Botschafter hingegen hat vor seinem Dienstantritt versichert, daß es seine Aufgabe sein werde, mit den gemäßigten Rechtskreisen, die Verständigung zwischen Paris und Berlin herbeizuführen. Im Reichstag haben die Thesen der Nationalsozialisten versagt, sie haben sich mit Hugenberg zurückgezogen, in Harzburg große Reklametöne angestimmt und sich außerhalb der praktischen Wirksamkeit gestellt. Inzwischen ist in der nationalen Front ein Konkurrenzstreit zwischen Goebbels und Hugenberg ausgebrochen, es beginnt im nationalsozialistischen Lager zu gären und Hitler möchte gern den Streit beilegen, um in irgend einer Form an die politische Macht zu kommen. Die Opposition einer so starken Partei läßt sich auf die Dauer nicht mit schönen Reden bewerkstelligen, die Anhänger wollen praktische Taten sehen. Nun haben sich Hitler und seine Hintermänner in verschiedenen Manifesten und Reden festgelegt, aber auf alle Fälle will er versuchen, mit Brüning einig zu werden.

Es bleibt ein großes Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß sie bis zur Selbstverleugnung eine Politik geduldet hat, die ihr die allergrößten Opfer auferlegte und sogar die Spaltung in die Partei hineingetragen hat. Man hat den konservativ-reaktionären Reichskanzler Brüning nur deshalb gehalten, um zu verhindern, daß die Nationalsozialisten ans Ruder kommen. Es ist eines klar, daß weite Kreise des Zentrums, diejenigen Elemente, die zur Großindustrie und der Landwirtschaft zählen, gern mehr mit Recht, als mit der Sozialdemokratie regieren möchten. Der Kanzler Brüning weiß, daß er jetzt eine solche Koalition nicht eingehen kann, wenn er die eingeleitete Verständigungspolitik mit Frankreich zu Ende führen will. Aber die Nationalsozialisten dringen darauf, daß sie mit an diesem Coup beteiligt sein wollen. In Harzburg, dort wo sich die nationale Fronde ihr Stelldichein gab, redet man noch große Töne, daß es mit dem Zentrum keine Verständigung gibt, heute bettelt man bei Brüning um Gnade und will selbst Stahlhelm und Hugenberg fallen lassen. Aber Hitler hat gewisse Versprechungen bekommen und drängt auf Einlösung. Vor der Tagung hat er Hindenburg über die Ziele der nationalsozialistischen Politik unterrichtet, und schon in Harzburg konnte man, trotz aller Resolutionen, die Gegensätze zwischen den anderen „nationalen" Parteien nicht

Kommunistische Kampfschule ausgehoben

Zwickau. Die polizeilichen Maßnahmen gegen die kommunistische Partei in Schwarzenberg und Bermsgrün haben, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, die Aushebung einer kommunistischen Kampfschule ermöglicht. Es waren Anzeichen dafür vorhanden, daß in Bermsgrün kommunistische Lehrgänge zur Schulung für den Bürgerkrieg veranstaltet wurden. Es wurden daher am Mittwoch vormittag die Sporthalle des Zentralvereins in Bermsgrün, das Volkshaus und das Gebäude des Konsumvereins zu Schwarzenberg von je einem größeren Aufgebot Zwickauer Schutzpolizei gleichzeitig besetzt und in der Kampfschule in Bermsgrün 13 Personen, 12 Männer und eine Frau, bei dem Unterricht überrascht und festgenommen. Die Durchsuchung, die sich auch auf vermauerte Höhlen usw. erstreckte, förderte zahlreiche Schriftstücke zutage, die noch gesichtet werden müssen. Waffen wurden nicht gefunden. Die 13 verhafteten Personen werden zur Einleitung eines Verfahrens wegen Hochverrats dem Oberreichsanwalt zugeführt werden.

Chinesischer Waffenerfolg in der Nordmandschurei

London. Am Donnerstag griffen chinesische Truppen in Stärke von 5000 Mann, die mit Geschützen und Maschinengewehren ausgerüstet waren, die japanischen Truppen an, die die Wiederherstellungsarbeiten an der Eisenbahnbrücke über den Nonni-Fluß in der nördlichen Mandschurei deckten. Nach mehrstündigem schwerem Kampfe gelang es den Chinesen, die Japaner zurückzuschlagen und die Brücke zu besetzen. Anderen japanischen Truppen gelang es, nach einem Flankenangriff mehrere chinesische Stellungen am Nonnifluß zu nehmen. In chinesischen Kreisen erblickt man in der Besetzung der Nonnibrücke einen ersten Schritt Japans zur Besetzung der wichtigen Stadt Tsitsikar, um durch die Beherrschung der Bahnlinie und der Gebirgspässe gegen einen möglichen Vormarsch der Russen gesichert zu sein.

überbrücken und den Rest gab der Goebbelsche „Angriff", der Hugenberg eine Abfuhr erteilt, wie sie paar Tage später im „Völkischen Beobachter" der Theoretiker Rosenberg dem Zentrum zuteil werden läßt. Am Zentrum liegt es nun, die Entscheidung herbeizuführen.

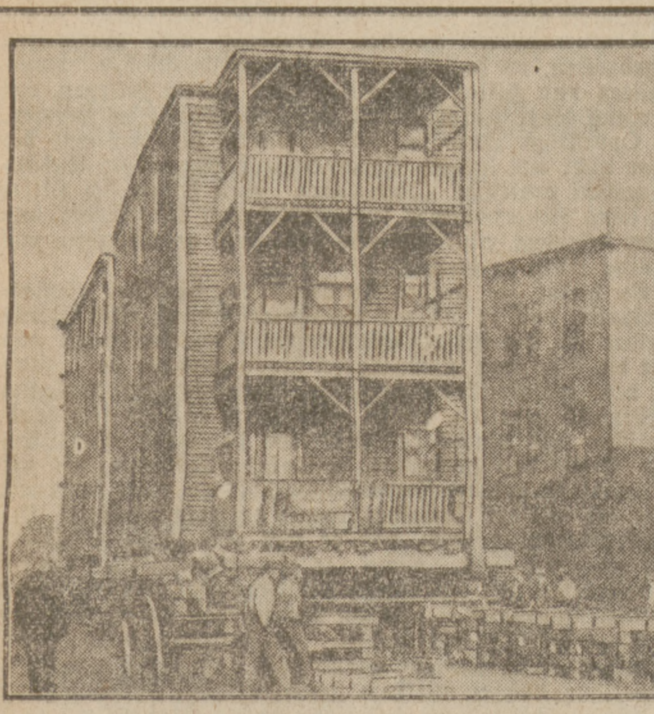
Die Zentrumspartei muß mit den Wählerschichten der Zentrumsarbeiter rechnen, wenn sie nicht das Schicksal der deutschen Volkspartei und der Demokraten teilen will, die ihre Politik auf die Interessentengruppen aufgebaut haben. Andererseits wird der Kanzler aus dem Reichspräsidentenpalais gedrängt, Hitler in die Regierung aufzunehmen, und Hitler selbst hat bereits umfassende Aussprachen mit dem Vertreter der Reichswehr, General von Schleicher, gehabt, über die nichts näheres bekannt geworden ist. Eine Annäherung des Zentrums an Hitler, muß die Sozialdemokratie in die Front rufen und dann ist, trotz des Eintritts der Nationalsozialisten, keine Rettung für Brüning. Wird der Kanzler hart genug sein, allen Inspirationen von den Hintermännern um Hindenburg standzuhalten oder wird er sich treiben lassen und das verwirklichen, was bisher die Sozialdemokratie durch ihre sogenannte Tolerierungspolitik verhindert hat. Fragen von entscheidender Bedeutung stehen auf dem Spiel. Die innerpolitische Entwicklung kann einen Zustand erlangen, der bis zur Siedehitze eines Bürgerkrieges treibt. Denn die Nationalsozialisten, im Solde der Großindustrie stehend, werden die Forderungen dieser Interessentengruppen durchführen müssen, die Sozialreaktion schärfsten Grades steigt in Deutschland an. Das Zentrum kann sich hierbei bei den kommenden Wahlen vollkommen um die Macht bringen und die Kommunisten werden diese Erscheinungen weidlich für ihre Zwecke ausnützen, nie kann ihr Weizen besser blühen, als wenn Hitler mit an der Regierung beteiligt ist.

Wir werden in den kommenden Monaten, wenn das Zentrum weiter laviert und, gegenüber Hitler, nicht ein klares „Nein" ausspricht, Zeugen einer Vorbereitung des Bürgerkrieges sein. Denn außenpolitisch bedeutet die Berufung Hitlers zur Regierung nichts anderes, als den Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich. Und vielleicht gibt es Fäden von der Großindustrie bis zu Hindenburg, die wieder einmal jene Politik anraten, wie wir sie vor und nach der Ruhrbesetzung erlebt haben. Wieder einmal der Weg zur Katastrophe, weil gewisse Kreise der Industrie der Meinung sind, daß man nur durch eine neue Inflation gewinnen kann, die kommen muß, wenn die Verständigung mit Frankreich ausbleibt. Man bildet sich nämlich ein, daß die Einbeziehung der Hitleraner in die Regierung die Gegner Deutschlands schrecken wird und sie, gegenüber deutschen Wünschen, gefügiger macht. Hitler in der Regierung, bedeutet eine offene Kampfansage des Zentrums an die sozialistischen Kreise, bedeutet den Faschismus, der sich in Deutschland ganz anders auswirken muß, wie in den Staaten, wo man die kalte Diktatur einführen konnte, weil es eben keine aktionsfähige Arbeiterschaft gab. Die augenblicklichen Erfolge des Nationalsozialismus beweisen an sich nichts, denn in der Regierung müssen sie doch eine ganz andere Richtung einschlagen. Die Sozialdemokratie wünscht keinerlei Regierungsexperimente mit Hitler. Aber es ist kein Geheimnis, daß sie Hindenburg herbeisehnt, wie er schon mancher sozialistischen Koalition mit Bürgerlichen seine Sprüchlein hergesagt hat. Deutschlands Arbeiterklasse steht vor großen Entscheidungen, die ausschlaggebende Partei ist jetzt das Zentrum. Nun wird es sich in den nächsten Tagen schon zeigen, ob Brüning wirklich der große Staatsmann ist, als den man ihn bisher hingestellt hat oder jene Puppe der Frontsoldaten im Kabinett, die von den Hintermännern um Hindenburg in Takt gesetzt werden.

Es kommt ganz darauf an, ob der linke Flügel im Zentrum die Richtung bestimmt oder ob der Reichskanzler auch freie Hand, gegenüber seiner Partei, wird haben wollen. Dann wird das Zentrum zum Platzhalter Hitlers, eine Entwicklung, die man bei der schwankenden Haltung Brünings voraussehen konnte. Mehr, als ein paar schöne Worte gegen die nationalistische Fronde, hat auch er bisher nicht schaffen können. Nun die deutsche Arbeiterklasse ist mit dem Sozialistengesetz fertig geworden, sie hat einen Bismarck überstanden, sie wird auch einen Kurs Brüning—Hindenburg—Hitler überstehen, es wird nicht ihre Schuld sein, wenn Deutschland noch einmal die Tragik des Zusammenbruchs durchleben muß. —ll.

Gandhi beim König

London. Teilnehmer der englisch-indischen Konferenz waren am Donnerstag nachmittags Gäste des englischen Königspaares zu einem Tee-Empfang, zu dem über 500 Personen geladen waren. Unter ihnen befand sich auch Gandhi, der in seiner üblichen Aufmachung mit Lendenschurz und Ueberwurf allgemein Aufsehen erregte. Er wurde der Königin und dem König vorgestellt, der ihn in eine kurze Unterhaltung zog.



Ein Wohnhaus zieht um

In Boston (Amerika) zog vor einiger Zeit eine Familie mit ihrem gesamten Wohnhaus um. Das Gebäude — ein zweistöckiger Bau — wurde auf eigens für diesen Zweck gebaute Schienen gesetzt und Schritt für Schritt „verschoben".

Die Aktion der Internationale

Die Weltwirtschaftskrise

Die von dem Büro der Internationale während der Pariser Tagung angenommene Entschließung über die Weltwirtschaftskrise hat folgenden Wortlaut:

„Die Wirtschaftskrise nimmt an Ausdehnung und Schärfe zu. Ueberall wächst die Zahl der Arbeitslosen; die Arbeiterlöhne und das Lebensniveau der Bauern sinken; überall wird der Umsatz geringer, überall häufen sich Vorräte an. Die solidesten Währungen werden von der Spekulation besiegt; die ganze Welt ist der Unordnung, dem Zerfall und dem Elend ausgeliefert.

Die internationale Reaktion treibt die Unvorsichtigkeit soweit, daß sie den Zusammenbruch der Weltwirtschaft der Aktion der Arbeiterregierungen und Parteien zuschreibt.

Der Sozialismus erklärt die Krise als eine endgültige Verurteilung, die der Kapitalismus gegen sich selbst ausspricht. „Eine Gesellschaft, die den skandalösen Gegensatz zwischen Ueberproduktion und Verschwendung einerseits, Mangel und Hunger anderseits offen zutage treten läßt, die sich für unfähig bekennt, ihren Mitgliedern Arbeit und Unterhalt zu sichern, der es nicht gelingt, das Gleichgewicht zwischen dem Ertrag des Produktionsapparates, der Aufnahmefähigkeit und den verfügbaren Arbeitskräften aufrechtzuerhalten, legt gegen ihre eigenen Grundsätze ein vernichtendes Zeugnis ab."

Wir haben den Ruin des Kapitalismus nicht vorauszusagen noch in der Zukunft festzulegen. Die Vernichtung eines sozialen Regimes ist kein materieller Ruin. Der Kapitalismus hat sich schon selbst zerstört, als er seine Unfähigkeit bewiesen hat, seinen vitalen Verpflichtungen nachzukommen, als er gezwungen worden ist, seine eigenen Gesetze zu verleugnen, und als er in seinem Glauben an sich selbst erschüttert worden ist. Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist offensichtlich; vergebens bemüht sich der Kapitalismus, ihn zu verhüllen, indem er in allen Ländern die Einheitsfront der reaktionären Kräfte gegen die Arbeiterbewegung organisiert oder zu organisieren versucht.

Unfähig, die Probleme zu lösen, die er selbst aufgeworfen hat, unfähig, den leidenden Massen auch nur eine Hoffnung von Erleichterung zu verschaffen, könnte der Kapitalismus nur teilweise und provisorische Maßnahmen auf dem schon lange von dem Sozialismus vorgezeichneten Wege suchen. Die Regierungen beschreiten zögernd und gegen ihren Willen diesen Weg.

Allein eine Aktion internationaler Hilfe und Solidarität könnte die allgemeine Not in gewissem Maße lindern.

Die Wirkungen der Wirtschaftskrise sind seit einigen Monaten durch die Währungs- und Kreditkrise vermehrt worden. Nur eine internationale Verständigung kann die Devisenspekulation verbieten und unterdrücken. Nur eine internationale Organisation kann es ermöglichen, endgültig die Währungen zu stabilisieren, die kurzfristigen Kredite zu konsolidieren, das Mißverhältnis zwischen den Diskontsätzen zu verringern, die Schwierigkeiten zu beheben, die sich aus dem Mangel oder der schlechten Verteilung des Goldes ergeben, und die Prüfung des Schulden- und Reparationsproblems wieder aufzunehmen, dessen gegenwärtiger Stand die solange zwischen den Nationen erörterten Lösungen praktisch undurchführbar macht.

Was die Krise der Ueberproduktion anbetrifft, so ist es zugleich absurd und trügerisch, das Heilmittel in einer Verringerung des Ertrages des Produktionsapparates zu suchen.

Die einzig vernünftige und wirksame Anstrengung muß darauf gerichtet sein, den Verbrauch und den Warenaustausch anzuspornen. Erhöhung der Kaufkraft, rationelle Verteilung des Kredites an die Nationen, deren Lebensniveau herabgedrückt ist, Herabsetzung der Zollschranken sind die wesentlichen Bedingungen für eine Milderung der Krise.

Sie haben notwendigerweise die Aufrechterhaltung der Löhne, die Kürzung der Arbeitszeit, die Ausführung großer internationaler Arbeiten, den Ausbau und die Vereinheitlichung der Arbeitergesetzgebung und die Erhöhung des Arbeiterwohlstandes zur Folge. Alle Nationen müssen bei dieser Aufgabe solidarisch sein, die für sie eine gemeinsame Pflicht darstellt. Aber die schwerste Verpflichtung und Verantwortung ruht auf den Nationen, denen die politische und finanzielle Lage erlaubt, die umfangreichste Hilfe beizusteuern.

Es war die Pflicht der Internationale, dieses Programm in großen Zügen aufzustellen. Aber die Erfahrungen der Vergangenheit erlauben es nicht, große Hoffnungen auf die kapitalistischen Regierungen zu setzen, denen die Ausführung dieses Programms zufallen würde. Schon der Wiener Kongreß hatte ernste Warnungen ausgesprochen. Wenn sie befolgt worden wären, wenn Deutschland die notwendige Hilfe ohne Aufschub und ohne Bedingungen geleistet worden wäre, wäre die Wirtschaftskrise abgeschwächt und die Währungskrise verhindert worden. Angesichts einer verschärften Lage, die tatkräftigere und ausgedehntere Maßnahmen verlangen würde, muß man befürchten, daß die Regierungen dieselbe Ohnmacht zeigen. Es fehlt ihnen an Mut und Weitblick. Was die Führer des Industriekapitalismus anbetrifft, versucht ihr sinnloser Egoismus Heilmittel, die das Uebel nur verschlimmern können, wie z. B. die Senkung der Löhne, die Beschränkung der Arbeiterrechte, die Vernichtung der Sozialgesetze.

Als Opfer der Krise, als Opfer der Maßnahmen, mit denen das Unternehmertum die Krise zu beseitigen sucht, als Opfer der Blindheit der Regierungen müssen die Arbeiter an den Tag denken, an dem sie nur auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft zu zählen haben.

Die Internationale ruft sie zur Aktion auf. Die Formen dieser Aktion sind und können nicht einheitlich sein. Sie sind verschieden je nach den Nationen, den Umständen und den politischen Bedingungen, gemäß der Natur der Widerstände, auf die die Forderungen des Proletariats stoßen. Aber die Aktion muß in ihrem Geist und ihren Zielen einheitlich bleiben. Die solidarische Anstrengung, die der Kapitalismus zu seinem eigenen Heile nicht liefern kann, wird die Arbeiterklasse zu ihrer Verteidigung und Befreiung vollbringen.



Rücktritt der lettischen Regierung

Der lettische Ministerpräsident Ulmanis ist mit seinem Kabinett zurückgetreten.

Der Krakauer Staroste über den Centrolew

Die „staatsfeindliche" Aktion der P. P. S. — In Warschau sollte die Arbeiter- und Bauern-Regierung gebildet werden — Weitere Aussagen im Brester Prozeß

Warschau. Am zehnten Verhandlungstage wurde der Krakauer Staroste Malaczynski vernommen, der insbesondere über den Verlauf des Kongresses ausführliche Auskunft geben sollte. Er behauptet, daß die P. P. S. Anfang 1929 eine rege agitatorische Tätigkeit aufgenommen habe, die sich gegen die Regierung gerichtet hat. Insbesondere sei der damalige Abgeordnete Mastek scharf aufgetreten und habe den Arbeitern empfohlen, sich zu organisieren,

damit eine Arbeiter- und Bauernregierung in Warschau gebildet werden kann.

Die Arbeiter sollen nur keine Furcht haben, denn im Kriege hätten sie kämpfen gelernt und auf Bajonetten lasse sich auf die Dauer keine Regierung tragen. Mit Mastek zusammen hätte noch Dubois den Kongreß mit einem gewissen Wochnut vorbereitet, es dürften etwa 6000 Teilnemer dagewesen sein, wovon etwa 2000 Milizleute waren. Mastek „wird weiter zum Vorwurf gemacht, daß er während der Anwesenheit Grandis in Krakau diesem ein Bukett Rosen geschickt habe als Abscheu gegen den Mord an Matteotti und dadurch die Behörden in eine kritische Lage gesetzt. Am Kongreß selbst wurden Reden gehalten,

die den Sturz der Regierung ankündigten und der Kongreß selbst ist mit dem Marsch oder auf Wiedersehn in Warschau geschlossen worden.

Die abgefaßten Resolutionen, waren nach Annahme des Starosten alle staatsfeindlich. Auch die oppositionelle Presse habe ständig die Regierung angegriffen und die Bevölkerung aufgehetzt. Ferner haben private Geheimsitzungen stattgefunden, an denen Witos, Kiernik und der General Sikorski teilnahmen.

Bei Rückfragen der Verteidigung ergibt sich, daß der Staroste als Zeuge seine Angaben gleichfalls auf Berichte und Zuträgereien stützt, daß er belastendes Material aus dem Gehörten nicht erbringen kann.

Die weitere Vernehmung anderer Zeugen ergibt das gleiche Bild. Es wird lediglich von einer staatsfeindlichen Tätigkeit geredet, wobei im Kreuzfeuer der Verteidiger sich die meisten Aussagen als Gerüchte ohne konkrete Beweise ergeben. Am wenigstens Glück haben die Polizeikonfidenten, die sich als Zeugen in Widersprüche verwickeln, hinter denen dann der große Unbekannte erscheint, von dem sie dieses und jenes erfahren haben. Die Konfidenten waren es auch, die das Material lieferten, welches dann dem Ministerium als Unterlage zur Anklage geliefert wurde.

Der Prozeß wurde auf Freitag vertagt.

Ausschluß aus der Korfanty-Partei

Warschau. Wie gemeldet wird, sind die beiden Senatoren und Universitätsprofessoren Makarewicz und Tullie aufgrund des letzten Beschlusses des Parteirates aus der Korfanty-Partei ausgeschlossen worden. Als Grund wird die Tatsache angeführt, daß die beiden Senatoren in der letzten Zeit namentlich hinsichtlich des neuen, sehr liberalen Ehegesetzes, das vom Regierungsblock eingebracht ist, eine mit der oppositionellen Haltung der Partei nicht zu vereinbarende Regierungsfreundlichkeit an den Tag gelegt hätten. Senator Tullie hat vor einigen Tagen in einem regierungsfreundlichen Blatt in Lemberg einen Artikel veröffentlicht, in dem er scharfe Angriffe gegen Korfanty richtet. Wie verlautet, sollen noch weitere Ausschlüsse aus der christlich-demokratischen Partei bevorstehen.

Nationaldemokratischer „Patriotismus"

Erneute Judenmißhandlungen in Warschau.

Warschau. Auf dem Hofe der Warschauer Universität kam es am Donnerstag erneut zu Zusammenstößen zwischen nationaldemokratischen und jüdischen Studenten, in deren Verlauf mehrere Studenten empfindlich verprügelt wurden. Das Eingreifen der Polizei hat der Rauferei ein Ende bereitet und die Ruhe wieder hergestellt. Ferner wurden in einem öffentlichen Garten im Zentrum Warschaus von nationaldemokratischen Studenten zahlreiche Juden überfallen und schwer mißhandelt. In einigen Fällen mußte die Polizei eingreifen.

Polnisch-Schlesien

Aufstehen! — Hinsetzen!

In der schlesischen Wojewodschaft haben die Sanatoren bei den letzten Sejmwahlen zum Warschauer Sejm mehrere Abgeordnete durchführen können, die jetzt die schlesischen Wähler in Warschau „vertreten“. Bei uns ist es einmal üblich, daß die Wähler sich dafür interessieren, was ihre Vertreter im Sejm machen. Dieser Anschauung wollen auch die Sanacja-Sejmabgeordneten Rechnung tragen und sie „berichten“ über ihre Tätigkeit im Sejm, wenigstens im Kreise ihrer eigenen Organisation, die ihnen zum Sejmmandat verholfen hat. Wir wissen z. B., daß Herr Karkoschka im Warschauer Sejm die Interessen der Kriegsinvaliden „vertritt“ und Herr Grzesik, der „vertritt“ dort alle, u. a auch die Interessen der Arbeiter, denn er wurde doch vorwiegend mit Arbeiterstimmen gewählt. Wohl wird keine öffentliche Volksversammlung einberufen, in welcher die Herrn Karkoschka und Grzesik berichten, aber in den Konferenzen der Kriegsbeschädigten und der Federalisten, da wird „berichtet“. Jedesmal erfahren wir nach einer solchen Konferenz durch die „Zachodnia“, daß die „Volksvertreter“ wie Grzesik und Karkoschka im Warschauer Sejm die Lanze für die oberschlesischen Arbeiter gebrochen haben, ja, daß sie selbst positive „Erfolge“ zu verzeichnen haben. An diese „Erfolge“ wollten wir nie recht glauben und jetzt erfahren wir aus einem autoritativen Munde über diese „Erfolge“, die doch nur in der Phantasie eines Herrn Karkoschka bestehen.

Gegen die Gültigkeit der Sejmwahlen im Wahlbezirk Przemysl, wurde beim Höchsten Gericht eine Klage angestrengt und das Gericht hat diese Wahlen für ungültig erklärt, da dort recht viel Schwindeleien vorgekommen sind, wie schließlich in anderen Wahlkreisen auch. In Przemysl wird demnächst eine Nachwahl stattfinden müssen. Wiederum stellen sich dieselben Parteien zum Wahlkampf, so wie vor einem Jahre. Im Wahlkreise Przemysl haben vor einem Jahre selbstverständlich die Sanatoren „gesiegt“, weil die gegnerischen Listen für ungültig erklärt wurden. U. a. wurde als Sanacjakandidat der Großgrundbesitzer, Herr Grodzicki gewählt. Die Sanacja hat Grodzicki auch diesmal als ihren Spitzenkandidat aufgestellt, aber Herr Grodzicki will nicht mehr mitmachen und hat seine Kandidatur zurückgezogen. Das ist zwar weniger interessant, aber die Begründung dürfte unsere Leser interessieren, die Grodzicki der Resignation beifügte und die vom „Nowy Glos Przemyski“ der Oeffentlichkeit vorgelegt wird. Wir lesen dort:

„Als ich noch jung war, habe ich beim Militär gedient, konnte aber nicht annehmen, daß es mir bevorstehe, in meinem Alter auch noch eine einjährige Militärübung mitzumachen. Ein Sejmabgeordneter im Regierungsklub zu sein, bedeutet dasselbe, wie unter dem Militärkommando zu stehen. Die ganze Funktion eines solchen Sejmabgeordneten beruht in der Ausführung der primitivsten Befehle. Ueber die Anschauung wird man nicht befragt, um den Rat und Mitarbeit interessiert sich niemand. Man erhält den Befehl: „Aufstehen!“ und „Niedersetzen!“. Diese Befehle müssen ohne jede Diskussion, ohne jede Befragung und ohne es zu wissen worum es sich handelt, ausgeführt werden. Ich komme mir viel zu ernst vor, um solche Funktion ausüben zu können und deshalb bin ich im Begriff, meine Kandidatur zurückzuziehen“.

Also durch Aufstehen und Niedersetzen, ohne daß der „Volksvertreter“ es weiß, worum es sich handelt, werden die Interessenten der Wähler „vertreten“ und dann kommt ein Herr Karkoschka bezw. ein Herr Grzesik und erzählen den irregeführten schlesischen Arbeitern Wunderdinge was sie nicht alles für die Wähler tun. Und die Wähler glauben an den ganzen Schwindel und laufen immer noch den Herrn nach und schreien Hurra. Der Brief Grodzicki beweist aber noch mehr, denn er kennzeichnet die Situation im polnischen Sejm, der keine Volksvertretung mehr ist, sondern vielmehr in einen Kasernenhof umgewandelt wurde.

Der sozialistische Klub

Im Schlesischen Sejm hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, um zu den aktuellen Problemen Stellung zu nehmen. Gegenstand der Beratungen bildete unter anderem das Projekt, betreffend die Krisensteuer, als Erhöhung des Arbeitslosenfonds für Schlesien. Der Klub spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Mehrheit des Sejms gerade der Arbeitslosenfrage ein nur geringes Interesse widmet. Diese brennende Frage hätte schon längst einer Lösung entgegengeführt werden können, wenn zu den verschiedenen Vorschlägen nicht die Regierungsvertreter in der Budgetkommission, namens des Wojewoden, Einspruch erhoben und so die weiteren Arbeiten unterbunden hätten. Der sozialistische Klub stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt, daß die Arbeitslosen, die aus dem Arbeitslosenfonds ausgesteuert sind, nicht eine zufällige Unterstützung erhalten sollen, sondern eine gesetzliche Arbeitslosenunterstützung, wie sie das sozialistische Projekt bereits im Januar dieses Jahres gefordert hat. Für die Durchführung dieses Gesetzes wird der sozialistische Klub nach wie vor eintreten und die gesetzliche Unterstützung, statt der Hilfsaktion, solange fordern, solange die Arbeitsämter nicht allen Arbeitern Beschäftigung zuweisen können.

Kommen die Friedens- und Baildonhütte unter Gerichtsaufsicht?

Die Friedenshütte und die mit ihr fusionierte Baildonhütte befinden sich in argen Zahlungsschwierigkeiten. Schon im September haben die beiden Industriewerke die Angestelltengehälter nicht auszahlen können und am 1. Oktober haben weder die Angestellten ihre Gehälter, noch die Arbeiter ihre Löhne ausgezahlt bekommen. Heute ist bereits der 6. November und es hat kein einziger Angestellte sein Gehalt bekommen. Die Arbeiter warten auch vergeblich auf ihre Löhne. Nur jene Arbeiter, die zahlreiche Familien haben, erhielten minimale Lohnvorschüsse, alle anderen Arbeiter erhielten keinen einzigen Groschen ausgezahlt. Die Aufregung unter der Belegschaft ist sehr groß. Man spricht bereits darüber, daß die beiden Hüttenwerke unter Gerichtsaufsicht kommen werden, falls es der Verwaltung nicht gelingt, in den nächsten Tagen Geld zu beschaffen. Das wäre schon eine Lösung, denn die Gerichtsaufsicht würde sich für die Riesengehälter eines Herrn Lewalski und seiner Kollegen interessieren müssen und sie abbauen. Diese Riesengehälter belasten stark das Unternehmen und unterbinden jede Kalkulation. So wie der Friedenshütte, dürfte es auch allen anderen Industriewerken ergehen, die ungeachtet der schwierigen Wirtschaftslage, einen Generaldirektor nach dem anderen anstellen und ihnen Gehälter von 11 000 Dollar pro Monat zahlen. Wundern muß man sich, daß die Regierung nicht schon früher zugegriffen hat und die Industrie von diesen großen Maden befreit hat.

Die Finanzsorgen der schlesischen Gemeinden

Neue Steuerpläne — Vor einer neuen Konferenz der schlesischen Gemeinden — Der Abbau der Gemeindeausgaben — Das bedrohte Schulwesen — Wird die Regierung helfen?

In der letzten Monatsversammlung der schlesischen Gemeinden befaßte man sich ausführlich mit den Finanzsorgen der Gemeinden in unserer Wojewodschaft. Das Referat über dieses Thema erstattete der Königshütter Bürgermeister Spaltenstein,

der eine Erhöhung der Kommunalzuschläge zu der staatlichen Einkommensteuer verlangte.

Eine besondere Kommission wurde gewählt und beauftragt, zu der nächsten Generalversammlung, die am 21. d. Mts. stattfinden soll, ein Memorial darüber auszuarbeiten, das den Regierungsstellen vorgelegt wird. Das ist der Sinn der Beschlüsse, die in der Monatsversammlung des Verbandes der schlesischen Kommunen gefaßt wurden.

Gewiß ist die Finanzlage der schlesischen Gemeinden direkt bedrohlich, was aus den Sitzungen der einzelnen Gemeinden, die in der letzten Zeit abgehalten wurden, klar ersichtlich ist. In einer jeden Sitzung wird an dem Gemeindebudget herumgewirtschaftet und alle möglichen Ausgaben beschnitten und auf der anderen Seite, das Wassergeld, die Kinosteuer, Gas und elektrischer Strom erhöht. Diese und ähnliche „Finanzreformen“ wurden bereits in allen größeren Industriegemeinden durchgeführt, aber sie haben eine Gesundung der Finanzen nicht gebracht, denn die Einnahmen gehen trotz Erhöhung der Steuer und Lasten, immer mehr zurück.

In manchen Gemeinden sind die Einnahmen um 50 Prozent zurückgegangen und es ist nicht abzusehen, wann endlich eine Stabilisierung der Einnahmen erfolgt.

Am schlimmsten sind die großen Industriegemeinden daran, denn sie verlieren die stärksten Steuerzahler. Vor dem Kriege konnten sich die Gemeinden an den industriellen Großbetrieben schadlos halten, heute ist das nur im beschränkten Maße möglich. Die Industriebetriebe haben ihre Verwaltungen nach Kattowitz verlegt und dort zahlen sie auch die Steuer, während die abgebauten Arbeiter, der Ortsgemeinde überlassen werden. Rosdzin-Schoppinitz zählen mehr als 5000 Arbeitslose und neue Reduktionen wurden ausgesprochen, so, daß die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen wird, aber der Sitz des Unternehmens befindet sich in Kattowitz und dort wird auch die Steuer abgeführt. In Siemianowitz, Königshütte, Bismarckhütte, Friedenshütte usw. ist dasselbe. Betriebe werden eingestellt und die Arbeiter der Ortsgemeinde überlassen.

Auf der einen Seite werden die Einnahmequellen verstopft, während auf der anderen Seite die Soziallasten ins Unermeßliche steigen.

Da hilft der Gemeinde nichts mehr, nicht einmal die Erhöhung des Lichtpreises und Gaspreises, denn die verarmte Bevölkerung ist außerstande die erhöhten Preise zu bezahlen. Die Folge der Erhöhung der Preise ist immer die, daß ein großer Teil der Licht- und Gaskonsumenten in Wegfall kommt, d. h. bei der Kerze sitzt.

Dieselbe Wirkung wird eine

Erhöhung der Kommunalzuschläge zu der Einkommensteuer

haben, die von den Gemeinden gefordert wird. Der Staat hat die Steuer erhöht, die Gemeinden haben die Konsumsteuer auch erhöht und die Schwerindustrie hat die Löhne und die Angestelltengehälter bis zur äußersten Grenze abgebaut. Wer wird da die erhöhten Steuerlasten bezahlen können.

Es ist doch nicht möglich, die Arbeiter und Angestellten lediglich für die Steuer arbeiten zu lassen, denn das arbeitende Volk muß doch noch leben und die Familie ernähren.

Auf der anderen Seite werden Staatsbeamten von der staatlichen Steuer und Kommunalbeamten von der Kommunalsteuer befreit bezw. teilweise befreit. Wir gönnen ihnen das vom Herzen, aber das ist keine Gleichstellung in Rechten und Pflichten. Den Privatangestellten, die doch finanziell meistens schlechter gestellt sind, als die Staats- und Kommunalbeamten, zieht man zur jeder Steuerzahlung heran, während andere berücksichtigt werden. Wir stehen sogar auf dem Standpunkt, daß die hohen Bezüge der Bürgermeister und der einzelnen Ressortchefs in den Gemeinden besonders besteuert werden sollen.

Ein Gemeindevorsteher in unserer Wojewodschaft bezieht nicht selten zweimalsoviel Gehalt, als ein Minister.

Wir kennen Gemeindevorsteher, die im „Geiste nicht am höchsten stehen“ und jährlich 30 000 Zloty und mehr, als Gehalt einstecken und außerdem noch Repräsentationsgelder zur Verfügung haben. Wenn sparen, so doch hier zuerst, denn diese Geldverschwendung ist hier tatsächlich in der heutigen Zeit nicht am Platze.

Ein ganz unverständliches Experiment, das mit Rücksicht auf die schlechten Finanzen der Gemeinden empfohlen wurde, kam von dem Rybniker Bürgermeister, Herrn Weber. Er schlug vor, in Zukunft die Kinder erst mit dem 7. Jahr zum Schulunterricht zuzulassen, denn das bringt Ersparnisse.

Wenn wir die Schule ganz abschaffen, dann werden die Ersparnisse noch viel höher sein, folglich hätte Herr Weber die Beseitigung des Schulunterrichts verlangen sollen. In den letzten Jahren werden doch in allen Gemeinden die Spielschulen für die ganz kleinen Kinder eingerichtet und hier rückt man mit dem Vorschlag heraus, die 6jährigen Kinder vom Schulunterricht völlig auszuschalten. Dieses Ansinnen muß entschieden zurückgewiesen werden, denn es stellt ein Angriff auf das Schulwesen dar.

Die Finanzreform muß sich in einer ganz anderen Richtung entwickeln. Zuerst ist nach unserer Auffassung eine Finanzreform in diesem Sinne erforderlich,

daß die Kommunalsteuer gerecht auf alle Gemeinden verteilt wird.

Die Kommunalsteuer muß dort gezahlt werden wo sich der Industriebetrieb und nicht der Sitz des Unternehmers befindet. Weiter muß der Staat mehr Rücksicht auf die Gemeinden nehmen. Die Gemeinden werden durch die Staatsämter mit allen möglichen Amtsführungen betraut und die Erhaltung dieser Aemter wird nicht vergütet. Die Gemeinde muß einen Stab von Beamten für Militäragenden, Arbeitslosenfürsorge u. a. halten und bezahlen und das geht in viele Tausende Zloty jährlich.

Der Staat hilft der Landwirtschaft, pardon, den Großgrundbesitzern, gewährt ihnen hohe und billige Kredite und Ausfuhrprämien, denkt aber nicht an die Gemeinden, die zum guten Teil Staatsgeschäfte aus eigenen Mitteln erledigen müssen.

Hier ist eine Reform dringend notwendig und hier ist der Hebel anzusetzen, nicht aber eine neue Steuerbelastung zu fordern.

Dynamitattentat in der Ortschaft Ornontowitz

In den Abendstunden gegen 8 Uhr, und zwar am vergangenen Mittwoch, hörten die Bewohner der Ortschaft Ornontowitz eine heftige Detonation. Viele Personen, welche sich bereits zu Bett gelegt hatten, wurden aus dem Schlaf geweckt. Die Polizei begab sich sofort nach dem Tatort, und zwar nach dem Forsthaus des Försters Franz Frank. In die Gartenanlage wurde nämlich eine Menge Dynamit eingegraben, welches zur Explosion gebracht wurde. Durch den großen Luftdruck wurden insgesamt 17 Scheiben zertrümmert. Die Glassplitter lagen in der Gartenanlage umher, so daß aus Sicherheitsgründen der Tatort vor den Neugierigen abgesperrt werden mußte.

Die Polizei stellte inzwischen fest, daß es sich hierbei um das zweite Dynamitattentat auf das Forsthaus handelt. Als Täter wurde s. Zt. der gefürchtete Wilderer Jan Studnik festgestellt, welcher durch das Burggericht in Nikolai zu schwerer Gefängnisstrafe abgeurteilt wurde. Der erste Dynamitanschlag wurde im Monat August d. Js. verübt. Studnik befindet sich z. Zt. im Gefängnis, sodaß ein Verdacht gegen diesen nicht vorliegt. Es wird jedoch vielmehr angenommen, daß es sich hierbei um einen Racheakt, seitens anderer Wilderer, handelt. Die Polizei hat energische Untersuchungen eingeleitet, um der Attentäter habhaft zu werden.

Kattowitz und Umgebung

Aus dem Kattowitzer Gerichtssaal.

Einen Bettler am hellichten Tage ausgeraubt.

Wie leichtfertig und frivol heutigentags die Strafgesetze übertreten werden, davon zeugt wieder einmal ein Fall, welcher vor dem Landgericht Kattowitz zur Verhandlung kam. Zu verantworten hatten sich 4 Angeklagte, wohnhaft in Kobier und Radostowitz, welche angeblich zusammen am 11. Juli, dem 29jährigen Bettler, Josef Sporys, aus der Ortschaft Kobiolitz, in Pleß, am hellichten Tage einen Geldbeutel entrissen und die gesammelten Almosen entwendet hatten. Der Bettler wurde von einem der Täter und zwar dem Ludwig Fuchs, angefochten, einen Viertel Liter Schnaps, sowie einige Zigaretten, zu „spendieren“. Er weigerte sich, dies zu tun und griff ängstlich nach dem Geldbeutel in der Tasche. Fuchs schlug die Hand des Bettlers in die Höhe, so daß der Geldbeutel zu Boden fiel und das Geld umhergestreut wurde. Der Angeklagte Fuchs sammelte einige Zehn-Groschenstücke und schob sie dem Mitangeklagten Ludwig Pryszcz in die Rocktasche, welcher sich gleichfalls daran gemacht hatte, das Geld von der Erde aufzuraffen. Ein weiterer Beklagter und zwar Franz Zur, war an der ganzen Sache mitbeteiligt. Der Bettler, ein geistig beschränkter Mensch, wurde als Zeuge vernommen. Er gab an, daß er mehrmals auf den Kopf geschlagen worden sei. Der vierte Angeklagte, nämlich Ludwig Liszka, hätte ihm den Beutel mit dem restlichen Gelde zurückgegeben.

Der Anklageakt legte den vier Beklagten schweren Ueberfall auf einen Bettler zur Last. Das Gericht qualifizierte die Tat, nach Vernehmung des Zeugen, als Diebstahl und verurteilte drei der Beklagten, nämlich Ludwig Fuchs, Franz Zur und Ludwig Pryszcz, zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten. Damit nahm die Prozeßsache für die Beteiligten noch einen sehr glimpflichen Ausgang, da sie anderenfalls, wegen schweren Raubüberfalls, dank ihrer Gier nach den Bettlergroschen, unter Umständen zu einer langen Zuchthausstrafe hätten verurteilt werden können. Der Beklagte, Ludwig Liszka, kam, mangels genügender Schuldbeweise, frei.

Dem Ludwig Fuchs wurde ferner ein Straßenüberfall, bei Anwendung einer Schußwaffe, zur Last gelegt. Dieser Ueber-

fall wurde einige Tage vorher und zwar am 4. Juli, verübt. In diesem Falle war der gehörte Zeuge jedoch nicht in der Lage, mit aller Bestimmtheit anzugeben, daß der bezeichnete Beklagte als Täter in Frage kam. Fuchs wurde daher in diesem Falle von der Schuld freigesprochen. y.

Deutsches Theater. Am Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr, wird die Oper „Mona Lisa", zum ersten und letzten Mal gegeben. Montag, den 9. November, nachm. 4½ Uhr, gelangt „Das große Welttheater", von Hugo von Hofmannsthal als Schülervorstellung und am selben Tage, abends 8 Uhr, im Abonnement B zur Aufführung.

Sonntagsdienst der Krankenkassenärzte. Von Sonnabend, den 7. November, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 8. November, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Herlinger, Marszalka Pilsudskiego 21, Dr. Tomiak, Gliwicka 9.

Rückkehr der Stadtkinder aus Gorzytz. Das städtische Wohlfahrtsamt beim Magistrat in Kattowitz gibt bekannt, daß am morgigen Sonnabend, den 7. November, von der Erholungsstätte Gorzytz die Ferienkinder zurückkehren, welche nach dorthin am 9. Oktober verschickt worden sind. Die Eltern werden gebeten, sich am Sonnabend, 18.45 Uhr am Bahnhof 4. Klasse in Kattowitz einzufinden, um die Kinder in Empfang zu nehmen. y.

Selbstmord eines Kattowitzer Klempnermeisters. In den Nachmittagsstunden des vergangenen Mittwochs verübte der Klempnermeister Paul Tyla von der ulica Stalmacha 18, aus Kattowitz, Selbstmord, durch Erschießen. Derselbe beging den Selbstmord in seiner Wohnung. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Tote wurde in die Leichenhalle des städtischen Knappschaftsspitals geschafft. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen sollen Familienzerwürfnisse das Motiv zur Tat gewesen sein. x.

Nächtlicher Einbruch in die Kattowitzer Musikschule. In der Nacht zum 4. d. Mts. wurde, mittels Nachschlüssel, in das Büro der Musikschule auf der ulica Szopena 16, in Kattowitz, ein Einbruch verübt. Die Täter entwendeten eine schwarzlackierte, eiserne Kasette. Wie es heißt, soll sich in derselben kein Geld befunden haben. Den Eindringlingen gelang es, unerkannt zu entkommen. x.

Bielschowitz. (Die Kartoffeln für die Arbeitslosen sind da.) Am Montag ist endlich mit der Belieferung von Winterkartoffeln für die Arbeitslosen, Invaliden und Witwen begonnen worden. Es kommen 180 Zentner durch die Gemeinde zur Verteilung. Reichlich spät ist es geworden, dazu macht der Winter sich stark bemerkbar. Daher wird man sich bemühen müssen noch rechtzeitig diese Mengen zur Verteilung zu bringen, will man etwa nicht diesen Aermsten erfrorene Kartoffeln liefern. Die Kartoffeln sollen so ihr Hauptnahrungsmittel sein und vor dem Hungertode bewahren. -ki-

---

Königshütte und Umgebung

Modernisierung des Königshütter Polizeiwesens?

Auf das Konto der schweren Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sind auch die vielen Verbrechen in der letzten Zeit nicht nur bei uns in der Stadt, als auch anderswo zu buchen. Während es der Polizei auf Grund ihrer Tüchtigkeit gelang manche Verbrechen in kurzer Zeit aufzuklären und die Personen hinter Schloß und Riegel zu bringen, so ist doch der Raubmord auf den Wechselstubenbesitzer Danziger noch nicht aufgeklärt. Wäre nicht das unerschrockene Auftreten des Fabrikbesitzers Cepok erfolgt, so wäre man der drei Banditen, die auch den Raubüberfall in der Wohnung des Bankdirektors Krotki ausgeführt haben, nicht habhaft geworden. Das vielen der Banditen das Ausweichen gelingt, wird auf die mangelhaften Einrichtungen der Polizeibehörden zurückgeführt. Die Mannschaften selbst sind von einem großen Mut beseelt, um die verschiedenen Verbrechen und Straftaten aufzuklären.

Auf Grund dessen sollen zwischen der Stadtverwaltung und der Polizeikommandantur Verhandlungen aufgenommen werden, wie am besten eine Reorganisierung der bisherigen Sicherungen erfolgen könnte und die technischen Sicherheitsmaßnahmen nach dem Muster anderer Großstädte ausgebaut werden könnte. Der Magistrat würde sich unter Umständen im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung die Kosten für notwendige Neuanschaffungen zu übernehmen, bereit erklären. In erster Linie plant man die Einführung telephonischer Apparate, die an den verschiedenen Ausgangspunkten der Stadt unter ständiger Kontrolle und Beobachtung aufgestellt würden. Die in Aussicht genommenen Vorrichtungen besitzen den Vorteil, daß in der Zeit, wo ein Verbrechen bekannt wird, die Stadtgrenzen sofort von der Polizei besetzt werden, und somit ein Entweichen der Verbrecher aus der Stadt zu verhindern. In Verbindung damit, will man ein Ueberfallkommando organisieren, das mit Motorrädern ausgerüstet, eine sofortige Verfolgung aufnehmen könnte. In den meisten Fällen gelingt es den Verbrechern aus der Stadt zu verschwinden, bevor die Polizeikette um die Stadt geschlossen wird.

Die schwere finanzielle Lage der Stadt wird wohl den Plan der Durchführung hindern, wird aber letzten Endes doch durchgeführt werden müssen, wenn Verbrechen, wie im Falle Danziger nicht ungesühnt bleiben sollen. Sparsamkeiten an allen Sicherheitsmaßnahmen sind nicht angebracht, überhaupt dann nicht, wenn es sich um das Wohl und Wehe der Bevölkerung handelt. m.

Wo ist der Vermißte? Der 19 Jahre alte Stanislaus Koslakowitz von der ulica Barbary 18, entfernte sich Ende Oktober aus der Elternwohnung und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Da der Vermißte geisteskrank und taubstumm ist, wird vermutet, daß ihm irgendwo ein Unglücksfall zugestoßen ist. Zweckdienliche Angaben über den Verbleib sind an die Eltern oder Polizei zu richten. m.

Durch einen Schreckschuß verletzt. Der 13jährige Wladislaw Kowal hatte auf dem Plac Kopernika Spaß daran, aus einer Schreckschußpistole Schüsse abzugeben. Hierbei wurde der 9 Jahre alte Paul Stiller ins Auge getroffen und mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Zum Glück wurde festgestellt, daß das Augenlicht nicht gefährdet ist. m.

Schlecht belohnte Gastfreundschaft. Die Frau Marie Macelt von der ulica 3-go Maja 57, nahm eine gewisse Gertrud C. aus Schwientochlowitz über Nacht in ihrer Wohnung auf. Früh mußte die Gastgeberin feststellen, daß der Vogel bereits unter Mitnahme eines Geldbetrages verschwunden war. m.

Billiger Kartoffelerwerb. Bei der Polizei brachte die Händlerin Marie Brandzioch von der ulica Mielenskiego 19, einen gewissen Emil G. zur Anzeige, weil er auf ihren Namen bei einem Kartoffellieferanten 55 Zentner Kartoffeln entnommen hat. G. hatte die Erdfrüchte anderweitig verkauft und das Geld für sich behalten. m.

Gemeindevertretersitzung in Neudorf-Antonienhütte

Eine Garantie für die Kirchengemeinde — Neue Steuerbeschlüsse

Nach sechsmonatlicher Pause kamen die Gemeindevertreter von Neudorf-Antonienhütte am Dienstag, den 3. d. Mts. zu einer Plenarsitzung zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Gemeindevorsteher wurde an Stelle des Gemeindevertreters Bäckermeister Ptok von der deutschen Fraktion, welcher wegen Krankheit sein Amt niederlegte, der Kaufmann Viktor Panitz von derselben Partei in sein Amt eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Derselbe übernimmt auch die Funktionen, die Gemeindevertreter Ptok in den Kommissionen innehatte.

Hierauf verlas der Gemeindevorsteher ein Rundschreiben, welches die Wojewodschaft an die Gemeinden gerichtet hat, in welchem die Gemeinden zu größter Sparsamkeit ermahnt werden. Dieses könne jedoch die Gemeinde Neudorf-Antonienhütte nicht betreffen, weil das Budget schon eingeschränkt sei. Da die Steuern bis jetzt pünktlich eingehen, sei ein Defizit nicht zu befürchten. Verschiedene Positionen müssen aber geändert und übertragen werden. Insbesondere sind infolge der Wirtschaftskrise die Ausgaben für die soziale Fürsorge (Krankenpflege, Arzt- und Lazarettkosten) schon weit überschritten, obwohl dieser Posten im Budget nicht gekürzt wurde. Für Möblierung der Büros müssen 1200 Zl. nachbewilligt werden. In der alten Schule soll ein Unterhaltungsraum für Arbeitslose eingerichtet werden. Zu diesem Zwecke sind 1500 Zloty erforderlich. Für Straßenbauten und Kanalisationen wurden 8000 Zloty mehr ausgegeben. Diese Mehrausgaben sollen zum Teil aus den Ersparnissen aus anderen Positionen des Budgets, und zum Teil aus den Budgetüberschüssen aus dem Jahre 1929 gedeckt werden.

Die katholische Kirchengemeinde hat sich an die Gemeinde gewandt mit dem Ersuchen, für eine Anleihe, die sie zum Bau eines Friedhofes benötigt, zu bürgen. Diese Anleihe in Höhe von 20 000 Zloty soll der Kirchengemeinde von der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Kattowitz unter der Bedingung erteilt werden, daß die Gemeinde die Bürgschaft übernimmt. Als Sicherheit sollen die Einnahmen aus der Kirchensteuer, sowie die der Friedhofskasse bei der Gemeindekasse hinterlegt werden, bis die Schuld abgetragen ist. In der Diskussion sprachen sich einige Gemeindevertreter gegen die Kirchensteuer aus. Desgleichen wurde die Auflösung des kommissarischen Kirchenvorstandes und die Wahl eines neuen Kirchenvorstandes gefordert. Nach langem Hin und Her wurde der Antrag der Kirchengemeinde schließlich angenommen.

Zugunsten der Arbeitslosen wurde eine Billettsteuer in Höhe von 10 Groschen, sowie ein zehnprozentiger Zuschlag zur Lustbarkeitssteuer beschlossen. Der Ertrag aus dieser Steuer soll dem Arbeitslosen-Hilfskomitee zugeführt werden.

Als nächster Punkt stand eine Aenderung der Hundesteuer zur Beratung. Bis jetzt waren alle Wachhunde von dieser Steuer befreit. Nach dem neuen Statut sollen nur die Wachhunde auf Gehöften außerhalb des Ortes steuerfrei sein. Nicht ganz klar war die Bezeichnung „außerhalb des Orts". Gemeindeschöffe Kotzolt von der deutschen Fraktion machte den Vorschlag, die Häuser unter diese Bezeichnung fallen zu lassen, die mehr als 100 Meter von einander entfernt sind, während der Vorschlag des Schöffen Nowak auf 50 Meter lautete. Der Vorschlag des Gemeindeschöffen Kotzolt wurde angenommen. Die Steuer soll betragen: Für den 1. Hund 15 Zloty, für den zweiten 30 Zloty und für den dritten und jeden weiteren Hund 60 Zloty. Für Wachhunde im Orte soll zwei Drittel der Steuer gezahlt werden.

Der Gemeindevorsteher verlas anschließend ein Schreiben, in welchem die Wojewodschaft der Gemeinde empfiehlt, den Posten des Vorsitzenden des Mietseinigungsamtes durch einen Berufsrichter zu besetzen. Gemeindeschöffe Kotzolt sprach sich gegen eine solche Neuerung aus, weil dadurch den Hausbesitzern nur noch mehr Lasten aufgebürdet werden. Er stellte den Antrag, den Gemeindevorsteher als Vorsitzenden wiederzuwählen. Dieser Antrag wurde angenommen. Zu Vertretern wurden die Herren Schafa und Nowak gewählt. Von seiten der Hausbesitzer wurden vier Beisitzer und vier Vertreter, von seiten der Mieter ebenfalls vier Beisitzer und vier Vertreter gewählt.

Die Mieter der 3. Maistraße haben an die Gemeinde ein Gesuch um Rückerstattung der Installationskosten in Höhe von 300 Zloty gerichtet. Da die Gemeinde seinerzeit das Geld nicht zur Verfügung stellen konnte, mußten die Mieter die Arbeiten auf ihre Kosten ausführen lassen. Die Gemeindevertretung beschloß, dem Gesuch stattzugeben.

Der Antrag der Gemeinde, zwei Jahrmärkte im Jahr abzuhalten, wurde angenommen, und zwar sollen diese vor Weihnachten und vor Ostern stattfinden.

Da die Bezirksvorsteher der Bizirke 1 bis 10 bisher keine Vertreter hatten, wurde für diese Bezirke je ein Vertreter für jeden Bezirk gewählt. Desgleichen wurden Waisenräte für die Bezirke 2, 5 und 8 gewählt, und zwar die Herren Nowara, Warwas und Kapitza. Als Schiedsrichter für den 2. Bezirk wurde an Stelle des Herrn Trutwin, Herr Engler gewählt. Der Sokolverein hat sich an die Gemeinde gewandt mit dem Ersuchen, ihm zum Bau eines Sportplatzes eine Subvention in Höhe von 1200 Zloty zu gewähren. Da die Gemeinde in einer der letzten Sitzungen beschlossen hatte, keine Subventionen an Vereine mehr zu gewähren, mußte dieser Antrag abgelehnt werden. Es wurde beschlossen, diesen Betrag als Platzmiete für 10 Jahre im Voraus zu entrichten.

Für Gespannstellung bei Bränden wurde die Entschädigung wie folgt geregelt: Bei Bränden im Orte für die erste Stunde 3 Zloty, für jede weitere Stunde 1 Zloty. Bei Bränden außerhalb des Ortes für die 1. Stunde 5 Zloty, für jede weitere Stunde 2 Zloty.

Die Entschädigung des Armenarztes wurde auf 250 Zl. monatlich festgesetzt.

In geheimer Sitzung wurden Personalangelegenheiten beraten.

Verschiedene Diebstähle. Bei der Polizei brachte ein gewisser Johann Przywarra von der ulica Podgorna 12, zur Anzeige, daß ihm Unbekannte aus der verschlossenen Wohnung zwei Anzüge, ein Paar Lackschuhe und andere Gegenstände, im Werte von 300 Zloty gestohlen haben. — Während der Versteigerung im städt. Pfandleihamte an der ulica Bytomska 19, wurde einer gewissen Rosa Bielamik aus Laurahütte, ein Geldbetrag aus der Tasche entwendet. Die sofort angestellten Ermittelungen führten zu der Festnahme einer gewissen Emilie O., bei der auch der Betrag vorgefunden wurde und der Eigentümerin zurückerstattet werden konnte. — Im hiesigen Arbeitsnachweis an der ul. Glowackiego 5 wurde der Martha Spielek von der ulica 3-go Maja 19 eine Verkehrskarte aus der Manteltasche entwendet. m.

Siemianowitz

Eröffnungsabend der Deutschen Theatergemeinde.

Am gestrigen Abend ist die diesjährige Saison der Deutschen Theatergemeinde mit dem Lustspiel „Stöpsel" von Arnold und Bach eröffnet worden. Und man kann seiner Freude vorbehaltlos Ausdruck geben, das Interesse für diese erste Veranstaltung war überaus zufriedenstellend. Die bewährte Bielitzer Schauspielertruppe hat mit ihrem Stöpsel den Geschmack unseres theaterliebenden Publikums getroffen. Es ist schwer, in der heutigen Zeit seine Sorgen abzustreifen und frei von der Leber lachen zu können. Diese ausgezeichneten Bielitzer jedoch haben dieses Kunststück zu Wege gebracht.

Gespielt wurde recht flott, beinahe zu flott, könnte man sagen, was jedoch keineswegs störte. Die Hauptrolle des Stöpsel, des Piperolfabrikanten Piper, lag in den Händen des Direktors Ziegler. Er verstand es mit seinem tollen Humor, die Lachmuskeln des Publikums in ständiger Bewegung zu erhalten. Der Inhalt des Stückes war das bekannte Thema vom Seitensprung eines Ehemannes, wobei es zu den tollsten Komplikationen kam, die natürlich, wie es so kommen muß, sich zum Schluß in Wohlgefallen auflösen. Alle Spieler haben ihr ganzes Können hergegeben, und man kann wirklich keinen bei dem Gesamterfolge zurücksetzen. Einem kleinen Mangel wird bei nächster Gelegenheit leicht abzuhelfen sein, indem zur besseren Orientierung ein Programmzettel erhältlich sein wird. Mit dieser ersten Veranstaltung haben sich die ausgezeichneten Bielitzer die Herzen der hiesigen Theaterfreunde erworben und werden damit immer gern gesehene Gäste bleiben.

Auch die neugegründete Theatergemeinde hat mit dieser ersten Veranstaltung eine Tat vollbracht, und es liegt jetzt an den Kunstfreunden, für den weiteren Ausbau durch rege Anteilnahme Sorge zu tragen, durch Erwerb der Mitgliedschaft und Besuch aller Kunstveranstaltungen.

Die Kartoffelverteilung eingestellt. Während in anderen Gemeinden die Belieferung der Armen, Arbeitslosen und bedürftigen Kurzarbeiter zum größten Teil erledigt ist und bis jetzt keine Klagen laut geworden sind, ist bei uns die Verteilung aus unbekannten Gründen eingestellt worden. Anfragen der Arbeitslosen bei der Gemeinde werden dahin beantwortet, das nur die Aermsten freie Kartoffeln erhalten. Als sich ein Bedürftiger in dieser Angelegenheit beim Bürgermeister anmelden lassen wollte, wurde er vom Sekretär abgewiesen, mit der Begründung, daß der Bürgermeister in diesen Sachen nicht zu sprechen ist. Was soll nun werden, von den versprochenen 100 bis 150 Waggons sind nur ein kleiner Bruchteil zur Verteilung gekommen und, wie es heißt, nur an die Aermsten und Armen. Die Arbeitslosen haben aber auch Augen im Kopfe und man hört erregte Anklagen über die Verteilung. Nicht alle Bedürftigsten sollen Kartoffeln erhalten haben, dafür aber verschiedene Familien, bei welchen ein oder mehrere Mitglieder eine Beschäftigung haben und auskömmlichen Lohn oder Gehalt beziehen. Wir glauben nicht, daß eine ungerechte Verteilung seitens der Gemeinde beabsichtigt ist und es ist notwendig, daß in dieser Angelegenheit eine strenge Untersuchung eingeleitet wird, zur Beruhigung der Arbeitslosen, zumal im Vorjahre auch nicht alles so war, wie es sein sollte. Die Uebergangenen werden nun hungern müssen, ausnahmsweise in Siemianowitz, wo die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bis jetzt am meisten gewütet hat. Sache der Gemeindevertretung ist es, hier mit aller Energie den Armen zu helfen. Einen besonders krassen Fall möchten wir hier herausgreifen mit dem Bemerken, daß dies nicht ein Einzelfall ist. Auf der alten Beuthenerstraße hat eine Witwe Kartoffeln erhalten, welche ca. 300 Zloty Pension bezieht und zwei Kinder noch einen regelmäßigen Verdienst haben.

Prophezeiungen des Herrn Direktors. Auf den Gruben soll es auch nicht mehr lange ohne Massenfeierschichten bleiben. In den nächsten Monaten wird, nach Aussprüchen des Direktors der Laurahüttegrube, die Zahl der Arbeitstage stark eingeschränkt werden und im neuen Jahre wird ein großer Teil der Arbeiter aufs Gras kommen. Und man kann wohl dieser Prophezeiung Glauben schenken. Wie verlautet, sollen große Mengen Kohlen in Danzig liegen, welche nicht weiterverfrachtet werden, infolge der englischen Konkurrenz. Wenn dieses längere Zeit anhalten sollte, ist der Zusammenbruch der oberschlesischen Großindustrie nicht mehr aufzuhalten.

Die Gemeindevertretersitzung, welche am 4. dieses Monats stattfinden sollte, ist auf einen späteren Termin verschoben worden.

Die Ausgabe der verlängerten Verkehrskarten als auch die Abnahme derselben befindet sich jetzt im Hinterhaus des Polizeikommissariats im ersten Stock Zimmer Nr. 4.

Die Schwimmhalle ist am Sonnabend, den 7. November, den ganzen Tag gesperrt.

Generalversammlung der Deutschen Theatergemeinde. Auf die Generalversammlung der Deutschen Theatergemeinde am Sonnabend, den 7. d. Mts., abends 8 Uhr, im Dudaschen Saale werden die Interessenten noch besonders aufmerksam gemacht.

Das hiesige Postamt ist renoviert und dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Trotz seiner Buntheit, es sind so ziemlich alle Regenbogenfarben vertreten, macht es einen sauberen und freundlichen Eindruck.

Myslowitz

Kohlenraub.

Zu dem Artikel „Kohlenraub" in Nr. 251, unter Myslowitz, gestatte ich mir, einige Ausführungen zu machen, die allerdings mit der Auffassung des Autors, der gut zu tun vermeinte, nicht übereinstimmen. Vielleicht ist es nützlich, wenn nachstehende Zeilen eine Ergänzung dazu bilden.

Es ist zu begreifen, daß es bei den Arbeitslosen höchsten Unwillen erregt, wenn von ihnen aus „Pingen" oder oberschlesisch „Duckeln" geförderte Kohlen einfach von den Ver-

waltungen, denen das Eigentumsrecht zusteht, beschlagnahmt und für eigene Zwecke verwendet wird. Bei größtem Verständnis und allem Mitleid, das man ihrem beklagenswerten Los entgegenbringt, kann man sich doch mit dieser Art von Kohlengewinnung nicht einverstanden erklären, nicht nur, daß die Kohle minderwertig ist, sondern weil Lebensgefahr bei der Förderung vorhanden ist. Dieses Jahr sind schon 4 Todesfälle zu beklagen, die die Arbeit in den Pingen forderte. (Zuletzt in Friedrichsdorf zwei Tote.)

In tiefen Schluchten, die schon ungefähr 10 bis 15 Meter tiefer als die sonstige Oberfläche liegen, werden Schächte eingetrieben, die kaum 1 bis 1.5 Meter breit, aber oftmals mehr als 10 Meter tief sind. Diese Schächte werden in Ermangelung genügenden und guten Zimmerungsmaterials äußerst notdürftig und schlecht verbaut. Die Verstufungen sind zwar sachmännisch, aber äußerst primitiv angelegt, der Verbau beim weiteren Vortrieb sehr oft direkt leichtsinnig. Ein kleiner Erdstoß ist schon imstande, die mühsame Arbeit hungriger Menschen zu vernichten. Ein weiteres Gefahrenmoment ist das Fehlen jeglicher Ventilation. Bekanntlich sammelt sich in alten Brunnen und Schächten ein gefährliches Gas, die Kohlensäure. Im Gegensatz zu der in jedem Kohlenflöz bereits fertig vorhandenen Kohlensäure entstehen fortwährend neue Mengen dieses Gases durch Selbstoxidation der Kohle in Berührung mit der atmosphärischen Luft; besonders wenn die Kohle in feiner Verteilung als Kohlenstaub vorhanden ist. Dieser Faktor allein bedingt schon die größte Gefahr für die Menschen. Bekanntlich wirkt Kohlensäure bei einem Vorhandensein von über 5 Prozent schon tödlich. Und tritt nun noch Sauerstoffmangel durch Fehlen einer Ventilation hinzu, so sind die Voraussetzungen für das Wiederholen der sich in Friedrichsdorf zugetragenen Tragödie schon gegeben. Dort arbeiteten nämlich auch Arbeitslose in selbst hergestellten Pingen und legten auf die täglich empfundenen Kopfschmerzen keinen Wert. Bis endlich eines Morgens der zuerst eingefahrene Kumpel nicht mehr heraufkam, der zweite, der Hilfe leisten wollte, auch nichts mehr von sich hören ließ und ein dritter ebenso unten verblieb. Ehe der vierte Hilfe herbeiholen konnte, waren schon zwei der Kumpel erstickt. Der dritte konnte noch lebend geborgen werden. Man kann es deshalb den Behörden kaum verdenken, wenn sie gegen diesen wilden Bergbau einschreiten. Und nicht nur den Arbeitslosen, die unter steter Lebensgefahr diese Kohlengewinnung betreiben, ist durch das Sprengen der Pingen gedient, sondern auch den anderen Arbeitslosen, die für teures Geld oftmals minderwertige Kohle angeschmiert bekommen. An ein normales Heizen und Feuern ist doch mit diesen Kohlen gar nicht zu rechnen. Denn diese Kohlen sind schon vergast. Es ist unter diesen Umständen wirklich besser, daß dem „Kohlenraub“ Einhalt geboten wird.

Schoppinitz. (Eisenbahnräuber vom Zug überfahren.) Der, von der Polizei lang gesuchte, Eisenbahnräuber Makosch ist auf der Eisenbahnstrecke Sosnowitz-Schoppinitz bei der Ausführung seiner „Arbeit“ beim Abladen von Warenballen aus dem fahrenden Zuge unter die Räder geraten und wurde vollständig zerfetzt. Seine Komplizen, die sahen, daß ihr Führer so elend zu Tode kam, ließen die geraubten Waren an der Strecke liegen und flohen davon. Die Leiche, die erst nach fünf Stunden aufgefunden wurde, brachte man nach dem Gemeindelazarett in Schoppinitz. —h.

Janow-Schoppinitz. (Geschäftsspekulanten am Werk.) Bekanntlich ist die Arbeiterschaft infolge der Hungerlöhne nur auf die billigsten und minderwertigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln und Kraut angewiesen. In der jetzigen schweren Zeit der Wirtschaftskrise, ist so manche Arbeiterfamilie nicht mehr möglich, sich mit dem Wintervorrat zu versorgen, denn trotz der guten Kartoffel- und Krauternte, die Preise sehr hoch gehalten werden. Besonders kann man dies bei den Krautlieferungen feststellen, denn in den letzten Tagen macht sich eine Erhöhung der Krautpreise bemerkbar und die billigeren Sorten sind gänzlich verschwunden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß überall von den Krautspekulanten die Krauternte aufgekauft wird, um später als Faßkraut zu hohen Preisen wieder weiter feilzubieten, wodurch enorm hohe Geschäftsgewinne erzielt werden. Früher hatte man für diese Geschäfte kein Interesse, was heute mit großem Eifer betrieben und auf Kosten der Arbeiterschaft das dreifache als Reingewinn herausgeschlagen wird.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Arbeiter- und Angestelltenprotest in Bismarckhütte.

Die katastrophale Lage in der wir uns augenblicklich befinden, die voraussichtlich noch längere Zeit andauern dürfte, hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter- und Angestelltenorganisation eine gemeinsame Konferenz einberufen haben, um gegen die haltlosen Zustände zu protestieren. Der Vorsitzende des Betriebsratsausschusses eröffnete die Konferenz und gab die Tagesordnung bekannt. Der Vorsitzende schilderte in trefflicher Weise die Machinationen des Arbeitgeberverbandes, besonders der Generaldirektion. Ausgehend von den Jahren nach der Revolution, wo die Arbeiterschaft noch gefestigt da stand und somit die Macht den oberen Zehntausend ein Dorn im Auge war. So wurde alles versucht, um diese gefestigte Arbeiterklasse zu zertrümmern. Das erste Unheil brachte uns die Inflation, dann schickte man uns den „eisernen Besen“, Kallenborn, damit begann die Leidenszeit der Bismarckhütter Arbeiterschaft. Von Jahr zu Jahr wurden die Rechte der Arbeiterschaft geschmälernt. Man fing an, die Betriebe zu rationalisieren und tausende von Kollegen wurden auf die Straße gesetzt und die Löhne gekürzt. Auf der anderen Seite stellte man immer mehr neue Beamten ein, so daß der Verwaltungsapparat ins unendliche stieg. Bestellungen wurden annulliert mit der Begründung, daß wir zu teuer arbeiten, Die Belegschaft wurde von 8000 auf 4600 abgebaut.

Die Direktion weist auf die hohen Löhne hin, die monatlich 3 Millionen Zloty betragen. Wir können feststellen, daß bei 83 941 im August verfahrenen Schichten 1 149 196,32 Zloty, im Monat September bei 97 968 verfahrenen Schichten 1 308 746,12 Zloty, an Löhnen verausgabt wurden. Daraus können wir erfahren, daß mehr als die Hälfte der Löhne der Verwaltungsapparat verschluckt. Redner kommt dann auch auf den Pfundsturz zu sprechen, wobei auch unsere Kapitalisten nach ihren Angaben 600 000 Pfund oder 24—25 Millionen verloren haben. Um diesen Verlust wieder wett zu machen, versucht man die Löhne noch weiter zu kürzen. Desgleichen will man uns die sozialen Einrichtungen rauben. Daß es so weit kommen konnte, haben wir uns selbst zuzuschreiben, statt einig und geschlossen zu sein, sind wir auf 13 verschiedene Gewerkschaften zersplittert. Der Kampf, der uns bevorsteht, muß in einer geschlossenen Front, Hand- und Kopfarbeiter, geführt werden. Wir müssen das gewesene überbrücken und gemeinsam dem brutalen Unternehmertum die Stirn zeigen. Dasselbe bestätigte auch der Vorsitzende des Angestelltenrates. Es trat nun eine rege Diskussion ein, bei der verschiedene Ansichten auf einanderplatzten, aber letzten Endes war man sich einig, daß der Kampf geschlossen geführt werden muß. Ueber die Entlassungen gab der Vorsitzende einen Bericht über die Verhandlungen beim Wojewoden, wobei die Abordnung der Betriebs- und Angestelltenräte die Situation der Bismarckhütte vortrug. Hier versprach der Wojewode alles zu tun, was in seinen Kräften steht. Unter keinen Umständen können wir noch weitere Entlassungen sowie Herabsetzung unserer Löhne zulassen. Wenn trotzdem Entlassungen vorgenommen werden sollen, dann zunächst die Auswärtigen. Nachdem noch unter Punkt Verschiedenes dem Antrag auf Abhalten einer am Sonntag, den 8., vormittags 9 Uhr stattfindenden Vollversammlung stattgegeben wurde, schloß der Vorsitzende die sehr interessante Konferenz.

Verzweiflungstat eines Nervenkranken. In seiner Wohnung verübte der 37 jährige Hüttenarbeiter Waclaw Viktor von der ul. Czarnolesna 9 aus Schwientochlowitz Selbstmord, durch Erhängen an der Türklinke. Der Tote wurde in die Leichenhalle überführt. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen soll der Tote bereits seit längerer Zeit an einer schweren Nervenkrankheit gelitten haben. Es wird angenommen, daß Waclaw die unselige Tat in einem Nervenanfall begangen habe. x.

Bismarckhütte. (Apothekendienst.) Den Sonntagstag- und Nachtdienst, sowie den Nachtdienst für die übrige Woche versieht die alte Apotheke an der ul. Krakowska.

Bismarckhütte. (Sturz vom Lastwagen.) Kurz vor Ende seiner Schicht, fiel der Arbeiter Plasa August aus dem fahrenden Lastauto so unglücklich, daß er mit einer schweren Kopfwunde besinnungslos mittels Sanitätsauto in das Lazarett geschafft werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Bismarckhütte. (Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung.) Am Montag fand der zweite Vortragsabend des „Bundes für Arbeiterbildung“ statt, zu welchem Genosse Gorny als Referent erschienen war. Der Vortrag betitelte sich „Krise der Wirtschaft und Krise des kapitalistischen Systems“. In seinen einstündigen Ausführungen schilderte Redner die Entstehung des Kapitalismus bis zu seiner jetzigen Form, wobei er auch den Weltkrieg streifte. Nach dem Weltkrieg entstanden neue Staaten und neue Industrien. Damit begann der Export der Waren von einem zum anderen Lande zu stocken, so daß eine gewisse Ueberproduktion entstand, die sich durch die Rationalisierung noch mehr bemerkbar machte. Da die kapitalistische Wirtschaft aber nur auf Profit aufgebaut ist und am Eigentumsrecht nicht gerüttelt werden kann, muß die breite Masse, trotz der Ueberproduktion, hungern. Also ist das kapitalistische System unfähig, seine Aufgabe zu erfüllen und die arbeitende Masse muß, durch Aufklärung und Schulung, die Macht in die Hand bekommen, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine sozialistische Planwirtschaft umzugestalten. Nach einer lebhaften Diskussion wurde der interessante Vortragsabend geschlossen. Der nächste Vortrag erfolgt am 9. November, abends 7 Uhr, im gleichen Lokal, mit dem Referenten, Genossen Sowa.

Neudorf. (Die Kindesleiche im Schuh-Pappkarton.) Friedhofsbesucher fanden am vergangenen Mittwoch am katholischen Friedhof zwischen Gräbern, einen Schuh-Pappkarton. Dieselben öffneten das Paket, um nach dem Rechten zu sehen. Zu ihrem größten Schreck fanden sie in dem Karton ein 6 Monate altes Kind, männlichen Geschlechts, tot auf. Die Polizei wurde von dem Fund sofort in Kenntnis gesetzt, welche die sofortige Einlieferung der Kindesleiche nach der Totenkammer des Spitals in Neudorf, anordnete. Die Polizei hat weitere Ermittelungen eingeleitet, um der unnatürlichen Mutter habhaft zu werden. x.

Piasniki. (Personenauto und Radfahrer.) Auf der ul. Krol Hucka in Piasniki kam es zwischen einem Personenauto und dem Radfahrer Georg Golombek aus Szarlociniec zu einem Zusammenprall. Das Fahrrad wurde vollständig demoliert. Der Radler kam zu Fall und erlitt durch den Aufprall auf das Straßenplaster Verletzungen am Kopf und den Händen. Wie es heißt, sollen die Verletzungen leichterer Natur sein. Der Chauffeur ist mit dem Personenauto, nach dem Verkehrsunfall, in raschem Tempo davongefahren, ohne sich weiter um den Verunglückten zu bekümmern. x.

Pleß und Umgebung

Wohnhaus in Flammen.

15 000 Zloty Brandschaden.

Infolge Schornsteindefekt brach in dem Wohnhaus des Jan Slesziona, in der Ortschaft Studzienic, Feuer aus. Das Feuer griff rasch um sich und vernichtete in kurzer Zeit das Wohnhausdach, sowie verschiedene Wintervorräte und Möbelstücke. Der Gesamtschaden wird auf rund 15 000 Zloty beziffert. An den Löscharbeiten nahmen die Ortsfeuerwehr, sowie Hauseinwohner teil. Wie es heißt, soll der Geschädigte bei der Feuerversicherungsgesellschaft „Piast“ mit 20 000 Zloty versichert gewesen sein. x.

Tarnowitz und Umgebung

Ortgruppe für Einheitsstenographie. In diesem Winterhalbjahr wird wieder ein Kursus in deutscher Einheitskurzschrift durchgeführt. Der Kursus beginnt bereits am Dienstag, den 10. d. Mts. 20 (8) Uhr in einem Klassenzimmer des deutschen Privatgymnasiums in Tarnowitz, Sienkiewiczastraße. Den Kursus leitet ein berufener Lehrer. Das Honorar ist mäßig und kann in Raten gezahlt werden. Es können Erwachsene, Jugendliche und Schüler teilnehmen. Anmeldungen erfolgen am Unterrichtsabend. Die bereits der Einheitskurzschrift Kundigen wollen sich am gleichen Abend wegen Einrichtung eines Fortbildungskursus einfinden.

Bürgerin Louise

Roman aus der französischen Revolution

von Henrik Henner

29)

Die Masse des französischen Volkes begehrte Ruhe, und der Blutgeruch des Revolutionsplatzes, der die Rue Saint Honore und die Champs Elysees verpestete, hatte für die Mehrheit längst seinen Reiz verloren, nachdem das Haupt der Tyrannen gefallen war. Denn dieser Blutgeruch entwertete die Häuser der von ihm durchdungenen Straßen, und das wollten die Besitzer und die Inhaber der Läden nicht.

Das alles sagte sich Chaumette, als er den jungen Bürger Parmentier, der jetzt Fouquier Tinvilles rechte Hand werden wollte und sie — das glaubte der Führer der Cordeliers mit Recht annehmen zu dürfen — auch werden würde, betrachtete und seine erste Frage wiederholte:

„Habt Ihr für mich einen Ersatz, Bürger, einen Mann den ich an Eurer Stelle im Dienste unserer Sache verwenden kann? Ihr spracht doch vorhin selber von Euren Schnüffeleien in den Gassen von Paris. Ich sollte meinen, bei diesem Geschäft könntet Ihr wohl einem solchen begegnet sein?“

„Ich stand gestern auf der Place Greve, Bürger!“

„Nun, und?“

Gespannt waren Chaumettes Augen auf den jungen Bürger Silvain Parmentier gerichtet.

„Dabei kam ich durch Zufall mit einem Manne ins Gespräch, der dort gebratene Kastanien feilhielt.“

Chaumette lachte.

„Auch ein Geschäft in diesen Tagen, Bürger. Aber das Metier mißfällt mir nicht. Am Ende hat ein solcher Uebung und vermag die gebratenen Kastanien für andere aus dem Feuer zu holen! Meint Ihr nicht, Parmentier?“

Silvain blickte düster vor sich hin.

„Das weiß ich nicht, Bürger Chaumette!“

„Aber weiter. Wie kamt Ihr mit dem Manne, der auf der Place Greve die gebratenen Kastanien feilhielt, ins Gespräch?“

„Als Schnüffler natürlich. Ich hatte den Mann schon seit einigen Wochen beobachtet. Ich hatte mich nach ihm erkundigt, Bürger Chaumette. Ich hielt ihn für einen verkappten Royalisten, dem sein Geschäft nur als Vorwand diente, um sich in Paris aufhalten und mit dem Ausland, vor allem mit England, konspirieren zu können.“

„Wie kamt Ihr auf den Gedanken, Bürger Parmentier?“

„Sehr einfach! Ein solches Geschäft nährt doch seinen Mann nicht und der Mann lebt doch in Paris — er muß also andere Einnahmequellen haben!“

„Sehr richtig!“

„Und da war ich der Meinung, daß er vom Ausland her unterstützt würde.“

„Das war ein richtiger Schluß. Und weiter! Traf das zu?“

„Nein, Bürger Chaumette! Ich hatte mich getäuscht. Der Mann scheint wirklicher Republikaner zu sein, als den er sich auch ausgibt!“

„Woraus schließt Ihr das, Bürger Parmentier, und wer ist dieser Mann?“

„Es ist ein Maler mit Namen Aristide Poignard!“

„Schon der Name macht mir den Mann sympathisch, Bürger Parmentier“, lachte da Chaumette. „Was habt Ihr weiter über ihn in Erfahrung gebracht? Und woraus schließt Ihr, daß er kein Royalist ist? Bezieht er die vierzig Sous von der Regierung zur freien Ausübung seiner politischen Geschäfte?“

„Er hat sie eine Zeitlang bezogen, Bürger Chaumette! In den letzten Wochen ist er aber nicht wieder erschienen, um sein Geld abzuholen. Er haust in einer elenden Wohnung in der Rue Saint Roch, zusammen mit seiner Geliebten, die früher regelmäßige Besucherin der Cafes des „Palais Royal“ war, einer gewissen Fleurette Bouchard, die auch mit Rose Lacombe bekannt gewesen ist.“

„Und woher wißt Ihr, daß dieser Aristide kein Royalist ist, Bürger Parmentier?“

„Ich habe diesen Schluß auf seiner früheren Tätigkeit gezogen, Bürger Chaumette!“

„Und worin bestand diese seine frühere Tätigkeit, Bürger Parmentier?“

„Er war während des Monats Nivose Besitzer eines Puppentheaters auf der Place Greve, in dem er den „Untergang des Tyrannen“ nach selbstverfaßten Versen zusammen mit der Bürgerin Fleurette Bouchard gespielt hat!“

„Davon habe ich gehört. Die Komödie hat damals gewaltigen Zulauf gehabt.“

„Das hat man auch mir erzählt, Bürger Chaumette, bis das Volk wieder etwas anderes sehen wollte. Der Maler behauptet, daß das schlechte Wetter des Monats Nivose sein Geschäft ruiniert habe.

„Und könnte dieses Spiel mit dem „Untergang des Tyrannen“ nicht eine Finte sein, Bürger Parmentier, die es einem verkappten Royalisten desto leichter macht, sich in Paris aufzuhalten?“

„Auch daran habe ich gedacht, Bürger Chaumette — aber das glaube ich nicht!“

„Und warum glaubt Ihr das nicht, Bürger Parmentier?“

„Weil das Elend des Malers so groß ist, Bürger Chaumette, daß er unmöglich ein Anhänger des Tyrannen sein kann.“

„Und wenn er dieses Elend gerade der Republik in die Schuhe schiebt? Er ist Künstler, die Republik gibt solchen Leuten nichts zu verdienen; unter dem Tyrannen hat dieses Gelichter Geschäfte gemacht! Bedenkt das wohl, Bürger Parmentier!“

„Auch das habe ich bedacht, Bürger Chaumette; aber gerade darum fiel mir dieser Mensch ein, als Ihr mich vorhin nach einem Ersatz für mich selbst fragtet, da ich denn doch in die Conciergerie zu Fouquier Tinville muß!“

„Wieso gerade darum?“

„Ihr braucht doch exaltierte Naturen, Bürger Chaumette! Wer in diesen Tagen der Sache der — wie sagte der Unbestechliche gleich?“

„Der Exageres ... meint Ihr?“

„Ja, der Exageres dienen will, der muß eine Leidenschaft sondergleichen sein eigen nennen, und nichts ist so dazu imstande, die Leidenschaft bis in ihre äußersten Entfaltungsmöglichkeiten zu entwickeln, Chaumette, als das Elend und die Schande und der Hunger — vor allem, wenn sie einen betreffen, der früher bessere Tage gesehen hat.“

Ihr seid ein feiner Kopf, Bürger Parmentier, trotz Eurer Jugend, ein feiner Kopf“, sagte jetzt Chaumette und schüttelte beifällig das Haupt.

„Und kennt Ihr die Wohnung dieses Mannes, den ich am Ende besser als irgendeinen anderen verwenden kann, Bürger Parmentier?“

„Ich sagte Euch doch, er haust in der Rue Saint Roch.“

„Wißt Ihr das Haus?“

„Ich kann es Euch zeigen.“

„Und er haust zusammen mit der Bürgerin — wie hieß sie?“

„Fleurette Bouchard. Mit ihr haust er zusammen.“

Chaumette erhob sich. (Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die wahren Absichten der Hitler-Faschisten.
Sie wollen die Sozialdemokraten ausrotten.

In einer Faschistenversammlung in Frankfurt a. d. Oder, in der die kommunale Polizei das Auftreten uniformierter Hakenkreuzler nicht einmal beanstandete, hat der Hakenkreuzführer Frick unter dem Jubel der Versammlung erklärt, nach dem vorbildlichen italienischen Muster würden die Hakenkreuzler binnen vierundzwanzig Stunden nach ihrer Machtergreifung den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten, nicht durch die Polizei und nicht auf gesetzlichem Weg, sondern durch den Volkszorn, wobei natürlich einige zehntausend marxistische Funktionäre zu Schaden kommen würden. In einer Münchener Versammlung hat der Hakenkreuzler Stöhr, der ehemalige Vizepräsident des Reichstages, offen erklärt, seine Partei bleibe legal bis zum Tage ihres Sieges. — Nach dem Sieg möchte sich der deutsche Faschismus eben nach italienischem Muster austoben.

Die Hakenkreuzlerdiktatur in Braunschweig.

Der sozialdemokratischen Zeitung „Der Volksfreund“ wurde vom braunschweigischen hakenkreuzlerischen Innenminister mitgeteilt, daß sie vorläufig nicht erscheinen dürfe, obwohl das nationalsozialistische Verbot vom Reichsinnenminister auf zehn Tage gekürzt worden ist. Der braunschweigische Minister des Innern hat nämlich gegen diese Entscheidung das Reichsgericht angerufen. Der Hakenkreuzler kümmert sich eben um kein Gesetz mehr. Er verbietet einfach.

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr, im Abonnement, die erste Wiederholung von: „Jedermann“, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von Hugo von Hoffmannsthal.

Samstag, den 7. November, abends 8 Uhr, zum erstenmal: „Die Quadratur des Kreises oder ein Strich geht durchs Zimmer“. Lustspiel mit Gesang und Tanz von Katajew.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (das Organ der deutschen Schwerindustrie) schreibt über das Stück: Diese weltbewegenden Probleme von drüben, Gütergemeinschaft, Kameradschaftsehe, Abschaffung veralteter Moralbegriffe wirken in der speziellen Demonstration des Genossen Katajew außerordentlich komisch. Und was hier als guter theatralischer Lustspieleinfall wirkt: eine alte Bude und darin zwei Liebespaare, die im Nu eine Korrektur der im Himmel geschlossenen Ehen vornehmen, ist drüben ein bis an die Grenzen der Tragik reichendes Sozialproblem.

Regie: Franz Reichert. Es spielen Camilla Weber, Marianne Walla, Hansi Kurz, Helene Fleischmann, Jadzia Land, Raimund Schüller, Hugo Brück, Günther Reissert, R. Zimmermann, Georg Naval, Germann, Kurt König.

Die Bielitzer Theatergesellschaft ist bemüht, die Bestrebungen ihrer Bühne in die weitesten Schichten der Bevölkerung zu tragen. Sie veranstaltet deshalb Sonntag, den 8. November, nachmittags 4 Uhr, eine „Werbevorstellung“. Gegeben wird „Voruntersuchung“ von Alsberg und Hesse zu halben Preisen.

Theaterabonnement. Den geehrten Abonnenten zur gefälligen Kenntnis, daß die 2. Abonnementsrate bereits fällig ist. Es wird höflichst ersucht, die entfallenden Beträge bis spätestens am 10. November an die Gesellschaftskasse, Stadttheater, 1. Stock oder an der Tageskasse abführen zu wollen, zumal die Theatergesellschaft sonst gezwungen wäre, die nach diesem Termine durch den Inkassanten einzuhebenden Beträge mit der Inkassogebühr per 4 Prozent zu belasten.

Achtung, Parteischüler! Montag, den 9. November, beginnen die weiteren Vorträge in der Parteischule. Alle Teilnehmer werden ersucht, pünktlich um 6 Uhr zu erscheinen.

Achtung, Arbeitslose! Der Bielitz-Bialaer Männergesangverein veranstaltet am Sonntag, den 8. November, im Schießhaussaal ein Chor-Konzert. Am Samstag, den 7. d. Mts., findet aus diesem Anlaß, um 7 Uhr abends, die Generalprobe, in der Schießstätte, statt. Der Vorstand dieses Vereins hat sich bereit erklärt, den Arbeitslosen zu der Generalprobe freien Eintritt zu gewähren, wenn sie sich mit der Arbeitslosen-Legitimation ausweisen. Auf diese Weise will man den Arbeitslosen auch etwas geistige Kost unentgeltlich zukommen lassen.

Vor dem dritten Krisenwinter

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird von einer Krise erschüttert, die an Schärfe, Umfang und Dauer alle früheren Wirtschaftsstörungen weit zurückläßt. Alle kapitalistischen Staaten sind mehr oder weniger von ihr betroffen. In den größten Industrieländern der Welt herrscht Absatzstockung, Mangel an Anbeitsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit. Die Dauer der Beschäftigungslosigkeit wird im Durchschnitt immer länger. Zahllose Betriebe sind stillgelegt. Riesenunternehmungen wanken und drohen zusammenzubrechen. Viele Millionen Menschen, deren Hände bereit sind, Waren zu erzeugen und Werte zu schaffen, ruhen. Sie finden keinen Platz im Produktionsprozeß und hungern mit ihren Familien. Die großen Wirtschaftsführer stehen ratund tatenlos vor diesem Chaos in der Weltwirtschaft. Wenn es auch einzelnen bürgerlichen Volkswirtschaftlern langsam aufdämmert, daß die Furchtbarkeit der heutigen Wirtschaftskrise privatkapitalistische Ursachen hat und im Zusammenhang steht mit den Auswirkungen des Weltkrieges und der auf ihn folgenden Friedensbestimmungen, so fehlt ihnen doch der Mut, dieser Erkenntnis klaren Ausdruck zu geben. Soweit sie es tun, stoßen ihre Anregungen und Forderungen auf Hindernisse, die in der heutigen kapitalistischen Weltpolitik liegen. Anstatt nach neuen Grundsätzen die wirtschaftliche Ordnung der Welt einzurichten und aufzubauen, halten die Machthaber in den einzelnen Staaten an Methoden fest, die nichts anderes bedeuten, als die Fortsetzung von Feindseligkeiten auf dem Gebiete der Wirtschaft. So entstehen immer neue Erschütterungen und immer neue Katastrophen, die das Elend und die Not der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung der ganzen kapitalistischen Welt verschlimmern.

Auch die Wirtschaft unseres Staates wird in immer stärkerem Maße von den Auswirkungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise heimgesucht.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1929 begann die Beschäftigungslosigkeit zuzunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen ist seither nahezu ununterbrochen gestiegen. Sie geht gegenwärtig in die Hunderttausende. Die Gewerkschaften haben gewaltige Summen an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Die Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge sind im Jahre 1931 noch höhere. Was aber zu ernsten Besorgnissen reichen Anlaß gibt, das ist der Umstand, daß die Zahl der Beschäftigungslosen, die ausgesteuert sind, immer größer wird. Wie sollen diese den kommenden Winter überstehen und was soll aus den Arbeitslosen werden, die schon monatelang feiern und keine Möglichkeit finden, ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen.

Zwar wurden in den einzelnen Städten und Gemeinden Arbeitslosenkomitees gewählt, welche Sammlungen zugunsten der Arbeitslosen durchführen sollen. Es wäre wohl Pflicht der Regierung die Frage der Arbeitslosenunterstützung auf gesetzlichem Wege zu regeln! Aber die Herrschenden sind stets bemüht, die Unterstützung der Arbeitslosen auf die Schultern der Armen abzuwälzen. Andererseits wirkt diese Sammlerei für die Arbeitslosen für dieselben herabwürdigend und zugleich beschämend. Die Arbeitslosen wollen kein Almosen, sondern Arbeit. Ist der Staat nicht im Stande, diese zu beschaffen, dann muß für die Arbeitslosen so gesorgt werden, daß sie auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit Unterstützung erhalten, ohne daß für diesen Zweck gesammelt werden muß.

Das heutige Arbeitslosenversicherungsgesetz muß so reformiert werden, daß alle Arbeitslosen, ohne Ausnahme, versicherungspflichtig sind. Es ist eine große Ungerechtigkeit, daß man die Arbeiter aus jenen Betrieben, die unter 5 Leute beschäftigen, von der Versicherung ausschließt.

Um aber dem fortwährenden Steigen der Arbeitslosenzahl ein Halt zu gebieten, ist es die höchste Notwendigkeit, die Arbeitszeit in allen Betrieben auf 40 Stunden in der Woche herabzusetzen. Die Gewerkschaften werden dieser Forderung einen größeren Nachdruck verleihen müssen. Die produktive Arbeitslosenfürsorge muß ausgiebiger ausgestattet werden. Oeffentliche Arbeiten müßten zur Durchführung gelangen. Aber auch diejenigen Arbeiter, welche weniger als Stunden in der Woche arbeiten, müßten unterstützt werden. Zu diesem Zwecke müßte die allgemeine, staatliche Krisenunterstützung eingeführt werden.

Die hierzu notwendigen Geldmittel müßten von den Beträgen genommen werden, die für den Militarismus bestimmt sind. Ueberall spricht und schreibt man von Abrüstung. Sollen die Staaten endlich einmal Ernst machen und diese vielen Milliarden, die der unproduktive Militarismus aller Staaten verschlingt, dem Aufbau der Wirtschaft zuwenden, denn diese Krise haben wir nur dem Weltkrieg, somit dem Militarismus, zu verdanken.

Es gibt Mittel und Wege, um die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen stark zu mildern, nur müssen diese Wege beschritten und auch die richtigen Mittel angewendet werden.

Einladung

zu der am Sonntag, den 8. November, 5 Uhr abends im Arbeiterheim-Saale in Bielsko stattfindenden diesjähr.

November-Feier

unter der Devise: „Nie wieder Krieg!“

mit folgender Vortragsordnung:

1. „Nie wieder Krieg“, Prolog von P. Hoffmann
2. Ansprache von Gen. Gorny-Kattowitz
3. „O welche Lust, Soldat zu sein“, Lebensbild mit Gesang in drei Aufzügen und einem Schlußtableau „Völkerfrieden“ unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Frohsinn“.

Zu dieser Feier werden alle organisierten Arbeiter sowie Kulturvereine auf das herzlichste eingeladen und ersucht, für einen Massenbesuch zu sorgen.

Entree 50 Gr. Arbeitslose frei, bei Vorzeigung der Legitimation.

Vereinsleitung des Vereins jugendl. Arbeiter in Bielsko.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Freitag, 6. November, abends 8 Uhr: Theatergemeinschaft.
Samstag, 7. November, abends 6 Uhr: Generalprobe für die Novemberfeier.
Sonntag, 8. November, nachm. 5 Uhr: **Novemberfeier.**

Die Mitglieder werden ersucht, zur Generalprobe pünktlich zu erscheinen. Die Vereinsleitung.

Verein der Kinderfreunde in Bielitz. Die Generalversammlung obigen Vereines findet Sonntag, den 8. Nov., um 3 Uhr nachmittags, im Arbeiterheim mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Referent Gen. Gorny-Kattowitz.

Voranzeige. Der Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vorwärts“ Bielsko veranstaltet am 14. November l. Js. in den Lokalitäten des hiesigen Arbeiterheims, seinen diesjährigen Familienabend. Es ergeht hiermit an alle Brudervereine die Bitte, diesen Tag für uns freihalten zu wollen.

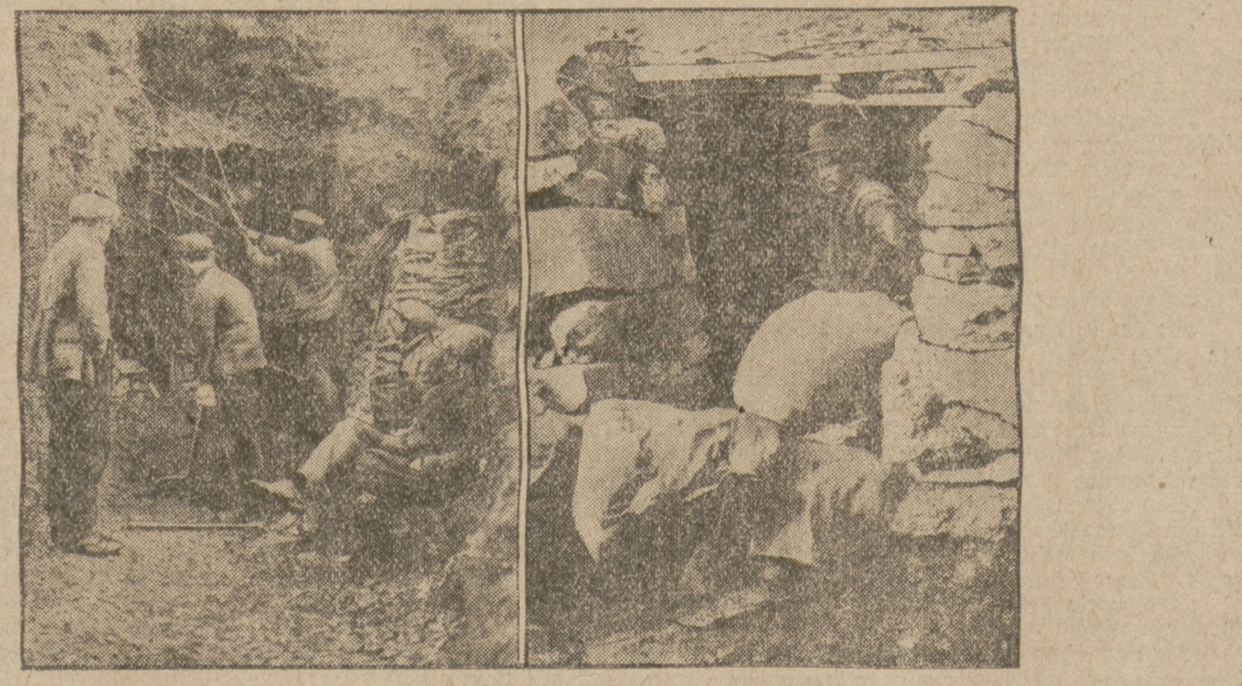
Achtung, Arbeitersportler! Die Generalversammlung der Ski-Sektion des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ findet am Sonntag, den 15. November um 9 Uhr vormittags in der Restauration „Tivoli“ (Raschka, Mühlgasse) in Bielitz mit der üblichen Tagesordnung statt. Die Mitglieder werden ersucht, zu derselben vollzählig und rechtzeitig zu erscheinen. Die gelben Legitimationen (Grenzübertritte) sind zwecks Verlängerung mitzubringen. Da auch Neuaufnahmen vorgenommen werden, werden sämtliche Arbeiter-Skifahrer ersucht, sich zu derselben zahlreich einzufinden.

Voranzeige. Am Sonntag, den 15. November l. J. veranstaltet der Verein jugendl. Arbeiter in Kurzwald im Gemeindegasthaus ein Herbstfest, verbunden mit Chor und Theatervorträgen. Alle Freunde werden heute zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Der Verein jugendlicher Arbeiter in Kamienica veranstaltet am Samstag, den 21. November l. Js., um 7 Uhr abends im Gemeindegasthaus einen Familienabend, verbunden mit ernsten und heiteren Gesangsvorträgen. Nach Schluß der Vorträge Tanz. Eintritt 1 Zloty pro Person. Um zahlreichen Zuspruch bittet Die Vereinsleitung.

Kurzwald. (Verein jugendl. Arbeiter.) Am Sonntag, den 8. November l. J. veranstaltet der Verein jugendl. Arbeiter im Gemeindegasthaus einen Lichtbildervortrag über ein interessantes Thema. Beginn 4 Uhr nachm. Alle Genossen und Freunde des Vereines werden zu diesem Vortrag herzlichst eingeladen. Die Vereinsleitung.

Nikelsdorf. (Familienabend der „Freien Turner“.) Obiger Verein veranstaltet am Samstag, den 7. November l. Js. bei Herrn Genser seinen diesjährigen Familienabend, zu welchem alle Genossen, Freunde und Gönner des Vereins herzlichst eingeladen werden. Im Programm sind vorgesehen: Freiübungen der Turnerinnen, Barrenturnen der Turner, ein Walzerreigen, ausgeführt von den Turnerinnen und heitere Vorträge. Nach Schluß der Vorträge Tanz. Eintritt 1,20 Zloty, an der Kasse 1.50 Zl. Beginn 8 Uhr abends.



Erwerbslose Bergarbeiter graben sich selbst die Kohle aus der Erde

Tagbau erwerbsloser Bergarbeiter.

Im Ruhrgebiet haben die arbeitslosen Kumpels zur Selbsthilfe gegriffen, um sich mit Kohlen für den Winter zu versorgen. Völlig kunstgerecht haben sie Stollen in die Erde getrieben und Kohle aus etwa 10 Meter Tiefe heraufgebracht.

Das Wiener Findelhaus

Unter „Findlingen“ verstand man früher Kinder, die von ihren Eltern ausgesetzt und dem Zufall überlassen wurden, nicht ohne Hoffnung, daß sich wohlhabende oder gütige Menschen ihrer annehmen und sie aufziehen werden. Die Weglegung und Aussetzung, insbesondere kranker und gebrechlicher Kinder, war damals straffrei.

Um die Kinder von der Gefahr einer unkontrollierbaren Aussetzung zu befreien, wurden zuerst von der Kirche, später von Wohltätigkeitsvereinen Findelhäuser mit der bekannten „Drehlade“ errichtet, die sich um ein Glockenzeichen drehte und es den Müttern möglich machte, ihr Kind unerkannt hineinzulegen; die Anstalt übernahm das Kind. Inwieweit der Volksmund recht hatte, der wissen wollte, daß nach dem Tönen des Glockenzeichens eine Hetzjagd auf die davongelaufene Mutter veranstaltet wurde, und erst, wenn diese unauffindbar blieb, das Kind Aufnahme fand, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Wie sehr es aber noch an Fürsorge für das Kind in jenen Anstalten mangelte, ersieht man aus einem historischen Beitrag von Dr. Gustav Riether: „Das Wiener Findelhaus im Wandel der Zeiten“ (in der zum sechzigsten Geburtstag Professor Tandlers von der Gemeinde Wien herausgegebenen Sondernummer der „Blätter für das Wohlfahrtswesen“), in dem es heißt:

„Hilfe haben diese Anstalten nur den Müttern gebracht, die bei ihnen die schwere Last ihres Lebens abladen konnten; für die Kinder war nicht viel gewonnen, denn ohne Brustmilch, von unerfahrenen Leuten aufgezogen, gingen sie fast ausnahmslos zugrunde; für sie war der Unterschied meist nur darin gelegen, daß sie nicht in einem kalten Straßenwinkel auf Stroh oder Fetzen erfroren oder verhungerten, sondern im geheizten Zimmer Darmstörungen oder sonstigen ansteckenden Krankheiten erlagen.“

So sah die private Wohltätigkeit in jener Zeit aus! Wurde aber ein Kind großgezogen — was in kaum zehn von hundert Fällen gelang —, so blieb es sein Leben lang als Unfreier jener Körperschaft, die die Unkosten der „Erziehung“ trug.

Erst unter Josef II. wurde das Problem der Aufziehung unehelicher Kinder ernstlich in Angriff genommen. Im Jahre 1788 wurde ein Findelhaus in der Alservorstadt Nr. 108 (jetzt Alserstraße Nr. 23) errichtet und unter staatliche Aufsicht gestellt. Denn man hatte die brutale Unzulänglichkeit der privaten Wohltätigkeit erkannt. Unter den folgenden Bedingungen vollzog sich die Aufnahme: Die Mütter mußten unverheiratet, mittellos und in der Gebärklinik entbunden worden sein. Dadurch zwang man die Leute, unter hygienischeren Verhältnissen zu gebären und hatte außerdem genügend „Fälle“ für die Studierenden. Nach dem Vater wurde nicht gefragt. Das Kind hatte also kein Recht auf seinen Vater. Welchen andern Sinn sollte diese Bestimmung haben, als den, den Männern die Geschlechtsfreiheit zu bewahren und den „Herren“ die Möglichkeit, ihre weiblichen Untergebenen nach Laune zu schwängern, ohne für das Neugeborne eine Verantwortung übernehmen zu müssen.

Gleichwohl war das neue Institut gegenüber der Drehlade ein bedeutender Fortschritt. Das Kind hatte doch wenigstens seine Mutter, die sich mit Namen und Zuständigkeit ausweisen mußte! Und da ihr außerdem die Geheimhaltung der Mutterschaft zugesichert war, so blieb sie von allen gesellschaftlichen Folgen einer „ledigen Mutter“ verschont, sofern allerdings die werte Nachbarschaft von dieser Tatsache nicht erfuhr. Neben der unentgeltlichen Aufnahme von Kindern gab es noch bis zum Jahre 1904 einen „Zahlstock“. Es war dies eine Abteilung, auf der die Mütter ohne Angabe von Namen und Herkunft, ja sogar mit verschleierten Gesichtern zur Entbindung aufgenommen wurden und gegen einen bestimmten Abfindungsbetrag das Kind dem Findelhaus überlassen konnten.

Das Findelhaus selbst hatte hundertfünfzig Betten für Kinder und zweiundsiebzig Betten für Ammen. Im Bedarfsfall mußten die Mütter — jene vom Zahlstock natürlich ausgenommen — durch vier Monate Ammendienste leisten. Da sich aber die Zahl der Pfleglinge bis zum Jahre 1820 bereits auf 13 000 belief, wurde der allergrößte Teil gegen einen Verpflegsbeitrag in die Vorstädte oder zu bäuerlichen Familien aufs Land gegeben. Nach dem erreichten zweiundzwanzigsten Jahre stand es dem Findling frei, entweder bei seinen Zieheltern zu bleiben oder anderwärts seinen Unterhalt zu suchen.

Indessen wurden die Räume, in denen das Findelhaus untergebracht war, immer unzulänglicher. Zur Zeit der Errichtung mochten sie den Ansprüchen noch genügen. Die Zahl der jährlich aufgenommenen Kinder schwoll bedenklich an. Aus zwei Gründen: Außer in Wien und Prag gab es keine Findelhäuser mehr, so daß man aus allen Teilen von Oesterreich nur hier oder dort Hilfe suchen konnte; ferner hatte der Landesausschuß von Niederösterreich, der seit 1866 das Findelhaus verwaltete, mit den Gemeinden einen Vertrag, wonach er auch hilfsbedürftige eheliche Säuglinge aufzunehmen hatte. Inzwischen war die Zahl der aufgenommenen Kinder auf achttausend, manchmal sogar auf neuntausend im Jahre gestiegen. „Was solche Riesenzahlen bei den beschränkten Räumen des Hauses zu bedeuten hatten, läßt sich kaum schildern“, sagt Dr. Riether in dem erwähnten Aufsatz. „Nur wer das alles selbst miterlebt hat, kann sich einen Begriff von der seelischen Gedrücktheit machen, unter der wir jungen, von begeisterter Hilfsbereitschaft durchglühten Aerzte litten, wenn uns täglich beim Dienstantritt gemeldet wurde, daß seit dem Vortag wieder drei bis vier Kinder gestorben waren... Ich weiß nicht, seit wie vielen Jahren die Uebelstände so kraß geworden waren, aber ich habe mich oft und oft vergebens gefragt, ob denn niemand die himmelschreienden Zustände gesehen hat oder ob etwa die damalige Landesverwaltung den Besserungsvorschlägen der Anstaltsdirektoren gegenüber taub geblieben war, um Geld zu ersparen.“

Die Ueberfüllung hatte aber noch weitere schreckliche Folgen. Da man wegen Platzmangels die Zahl der aufzunehmenden Mütter beschränken mußte, weil die Zahl der anspruchsberechtigten Säuglinge unbeschränkt blieb, so kam es häufig vor, daß eine Mutter neben dem eigenen Kind zwei oder drei fremde Kinder zu stillen hatte, und was sie zu wenig erhielten, gab man aus der Flasche nach, ohne nach ärztlichen Vorschriften viel herumzufragen. Kein Wunder, daß die Kinder schon nach wenigen Tagen schwer darmkrank wurden! Und man gab nach dem „Zerstreuungssystem“ alles in die Dörfer ab, was nur irgendwie ging, sofern sich nur genug Pflegeeltern meldeten. Dieser rasche Wechsel von der Brustmilch zur Flaschennahrung und kurz darauf zur Pflegefrau in Böhmen oder im Wiener Wald oder sonstwo war für viele der armen Würmchen der sichere Tod. Hierzu kam, daß die Säuglinge in der Kürze der Zeit auf ansteckende Krankheiten gar nicht untersucht werden konnten, und es nachweisbare Fälle gab, wo Pflegefrauen — meist Frauen, die sich dadurch einen kleinen Nebenerwerb schaffen wollten — durch einen mit vererbter Syphilis behafteten Säugling krank wurden!

Erst als der Zahlstock aufgelassen und auch die dritte Klasse der Gebärhauszahlabteilung frei wurde, trat in räumlicher und damit auch in gesundheitlicher Beziehung eine Besserung ein. Aber da waren wir auch schon im zwanzigsten Jahrhundert drin und man schrieb 1904. Es war zu Beginn der Zeit, da die Kinderfürsorge erwachte, die nach dem Kriege durch die Gemeinde Wien, beispielgebend für die ganze Welt, einen so bedeutenden Aufschwung nehmen sollte. Bald wurde auch im Gersthofer Schlössel eine Abteilung für Luetiker eröffnet und das neue Heim als Niederösterreichisches Zentralkinderheim in Gersthof im Jahre 1910 in Betrieb gesetzt.

Aber die bessere Zeit, die sich angekündigt hatte, brach erst nach dem Umsturz an. Im Jahre 1919 übernahm die Gemeinde Wien das Zentralkinderheim in ihre Verwaltung und damit verschwand der letzte Rest vom Wesen des alten Findelhauses. Die bevorzugte Stellung unehelicher Säuglinge wurde aufgehoben und das Heim für bedürftige Kinder bis zu sechs Jahren, gleichgültig, ob ehelicher oder unehelicher Herkunft, und ob die Entbindung in der Gebärklinik erfolgte oder nicht, umgestaltet. Aber das war für die Gemeinde Wien nur der Ausgangspunkt einer Kinderfürsorge, die in den letzten zwölf Jahren viele fruchtbare Zweige trieb.

Martin Rathsprecher.



Hochwassernot im fernen Westen und im fernen Osten

Oben: Bis zu den Hüften watet die Bevölkerung von Santiago auf Kuba in den Wasserfluten. Unten: Ueberschwemmung in den tiefer gelegenen Teilen von Tokio.

Rund um die Erde herum hat nördlich des Aequators der Herbst seinen Einzug gehalten. Während bei uns Kälte und Schnee den herankommenden Winter melden, haben in dem subtropischen Kuba schwere Regengüsse eingesetzt und das Land metertief unter Wasser gesetzt. Ebenso herrscht in vielen Teilen Japans Hochwassernot, die sich bei der leichten Bauweise der japanischen Häuser für die Bewohner besonders schwer auswirkt.

Edison privat

Ein Bräutigam, der seine Hochzeitsfeier vergißt — Das Flaschenkind von 84 Jahren — Taubheit, ein Vorteil für Verheiratete

In Edisons Büro, als er noch jung war, arbeitet Miß May Stilwell, eine tüchtige, junge Buchhalterin, die sehr bescheiden aussah. Eines Tages war Edison lautlos hinter ihren Stuhl getreten. Mit einem Ruck drehte sie sich um und sagte: „Das dachte ich mir.“ — „Was dachten Sie?“ fragte Edison. — „Ich fühle stets, wenn Sie hinter mir stehen“, antwortete Fräulein Stilwell. Edison zog die Stirn in Falten. Ein hübsches Mädchen, überlegte er; eigentlich wäre es Zeit, jetzt zu heiraten; da ich nicht in Gesellschaften gehe, werde ich so schnell keine bessere finden. „Wissen Sie, Fräulein Stilwell“, sagte Edison ruhig, „ich möchte Sie heiraten. Ueberlegen Sie sich das, sprechen Sie mit Ihrer Mutter, und wenn Sie dann einverstanden sind — also wann ließe sich das machen — ja, dann könnten wir Dienstag in acht Tagen heiraten.“ Fräulein Stilwell war sehr überrascht, aber sie hatte nichts dagegen. Am vereinbarten Dienstag wurde die Ehe geschlossen, und die junge Frau Edison zog in eine bescheidene Villa ein. Aber deshalb wollte Edison nicht etwa den ganzen Tag verlieren, und am Nachmittag ging er „für eine gute halbe Stunde“ in sein Laboratorium. Die Experimente, die er gerade vorhatte, nahmen ihn gefangen, er vergaß die Umwelt. Nach fünf Stunden kamen ein paar Freunde vorbei, die er für den Hochzeitsabend eingeladen hatte. Sie sahen Licht im Laboratorium, glaubten, daß Einbrecher die günstige Gelegenheit benutzten, und stürmten in den Arbeitsraum. „Aber was machst Du hier am Tage Deiner Hochzeit?“, riefen sie Edison erschrocken zu. — „Das habe ich ja ganz vergessen!“, erwiderte der Erfinder, „hoffentlich nimmt mir meine Frau das nicht übel.“

Edisons Frau hatte es nicht leicht. Sechzehn Stunden stand ihr Mann täglich im Laboratorium, niemals hatte er Zeit für kleine häusliche Angelegenheiten. Wenn er abends nach Hause kam, war er ziemlich schweigsam, und eine Unterhaltung war schon deshalb schwierig, weil er sehr schwerhörig, geradezu taub war. Eines Tages fragte ihn Ernest Calkin, ein ebenfalls schwerhöriger Neuyorker Kaufmann, ob man nicht einen elektrischen Apparat für Ohrenleidende konstruieren könne. Edison selbst müsse doch sehr viel daran gelegen sein, sein Gehör wiederzuerlangen. Edison antwortete: „Ich habe zu viel zu tun. Wenn ich anderen Leuten zuhören würde, bliebe mir nur der halbe Tag zu meiner Verfügung. Ich könnte die fremden Leute ja nur durch Grobheit von mir fernhalten. Doch das würde wenig nützen, denn was sollte ich mit meiner Frau anfangen, die mir den ganzen Tag unwichtige Geschichten erzählen würde? — Bleiben wir also bei der Schwerhörigkeit.“

Obwohl sie häufig vernachlässigt wurde, konnte sich Frau Edison über ihren Mann eigentlich nicht beklagen. Wenn er etwas einsah, war er folgsam wie ein Kind. „Ich brauche nur vier Stunden Schlaf“, erzählte der Achtzigjährige, „aber meine Frau glaubt, das ist zu wenig. Sie will, daß ich mindestens sechs Stunden schlafe, und vielleicht hat sie recht. Ich habe mir daher angewöhnt, meinen Schlaf zu strecken. Sobald die ersten vier Stunden herum sind, wache ich zwar unweigerlich auf; aber dann denke ich an die Ermahnungen meiner Frau, lege mich auf die andere Seite, und nach einiger Zeit gelingt es mir, wieder einzuschlafen und die noch fehlenden zwei Stunden abzuarbeiten.“

Es war auch leicht, für Edison zu kochen. Schon vor zwanzig Jahren hat der Erfinder einmal auseinandergesetzt, wie man durch vernünftige Lebensweise seine Arbeitsfähigkeit erhöhen und ein bedeutendes Alter erreichen könne. „Der Eisenbahnkönig Harrimann“, sagte Edison, „ist nur deshalb verhältnismäßig jung gestorben, weil er nicht nur am Tage, sondern auch in der Nacht grübelte. Ich kann doppelt so viel arbeiten wie Harriman, weil ich mein Leben vernünftig geregelt haben. Warum grübelte Harrimann nachts, wenn er im Bett lag? Weil er zu viel gegessen hatte.

Alle unsere großen Geschäftsleute essen zu viel, jedoch nicht so rationell wie ein Lastträger, der körperliche Anstrengungen überwindet. Man überhäuft die menschliche Maschine mit zu viel Kohle. Ich esse bei jeder Mahlzeit kaum eine Handvoll fester Speisen — und dreißig Sekunden, nachdem mein Kopf das Kissen berührt hat, bin ich fest eingeschlafen. Nie in meinem Leben habe ich geträumt. Außerdem kleide ich mich vernünftig; ich trage immer Schuhe, die zwei Nummern zu groß sind. Nichts am Körper wird eingeengt. Bakterien hungere ich aus, und sie haben mich daher auch aufgegeben. Ja, ich kaue Tabak. Meine Frau konnte das früher nicht leiden, aber seit sie weiß, daß der höchste Richter der Vereinigten Staaten auch kaut, hat sie ihren Widerstand aufgegeben.“ —

In den letzten Jahren war Edison in seiner Ernährung noch vorsichtiger als vorher. Er trank fast ausschließlich Milch, die er alle zwei Stunden zu sich nahm. „Als Milchtrinker trat ich ins Leben, als Milchtrinker will ich aus ihm scheiden,“ sagte er noch vor kurzem. „Milch ist das einzige vom großen Chemiker vollkommen ausgeglichene Nahrungsmittel. Vier Fünftel der Menschheit sterben an Ueberfütterung.“ Es genügte ihm, wenn seine Frau ihm in der Thermosflasche warme Milch in das Laboratorium schickte und als besondere Delikatesse hin und wieder ein Glas frischen Apfelsinensaft. Sie hatte nicht viel Arbeit in der Küche.

Breitscheid über Hitler-Brüning

Emden. In einer sozialdemokratischen Kundgebung sprach hier Dr. Breitscheid. Die letzten Wahlen, die der sozialdemokratischen Partei Schlappen gebracht hätten, hätten gezeigt, daß sich die Partei in einer sehr ernsten Lage befinde. Man bezeichne als einen Urheber der Krise den Marxismus. Es sei aber erwiesen, daß sich die Krise nicht auf Deutschland beschränke. Unter den sogenannten Wirtschaftsführern, die durch Spekulation Gelder zusammengebracht und eine gewisse Leichtfertigkeit in der Verwendung fremder Gelder bewiesen hätten, finde man viele, die mindestens auf „metallenem Wege“ mit den Nationalsozialisten verbunden seien. Die kapitalistische Wirtschaftsform, die ihre Produktion nicht nach dem zu erwartenden Verbrauch, sondern nach ihrem Wunsch auf Profit einrichte, halte Erzeuger und Verbraucher auseinander. Die deutsche Krise sei verstärkt worden durch die Politik von Dr. Curtius, die zu billigen die Sozialdemokratie keinen Anlaß hätte. Sie wende sich auch grundsätzlich gegen die Notverordnungen. Der Redner wandte sich dann gegen die Hochschutzzollpolitik für die Landwirtschaft und erklärte zum Schluß, die Sozialdemokratie würde eine Regierung Brüning-Hitler begrüßen, weil sie dadurch von der Tolerierungspolitik befreit werde und das Zentrum die Nationalsozialisten ohnehin an den größten Dummheiten hindern würde.

Lloyd George bleibt unabhängig

London. In einem Brief an Sir Herbert Samuel erklärt Lloyd George, daß er sich auch heute noch mit den Wegen, die die Samuel-Gruppe in der letzten Krise eingeschlagen habe, nicht einverstanden erklären, und daß er deswegen auch kein Amt in der Gruppe übernehmen könne. Er hoffe, zu Beginn des neuen Jahres wieder so weit hergestellt zu sein, daß er dann die Zusammenarbeit mit allen denen wieder aufnehmen könne, die an dem alten liberalen Programm vom Jahre 1929 festhielten. Daraufhin hat die Nationale Liberale Partei auf ihrer Sitzung am Mittwoch für die Dauer der augenblicklichen Sitzungsperiode Sir Herbert Samuel zum Vorsitzenden der Parteigruppe gewählt.

Alcala Zamoras Bedingungen für Uebernahme der Präsidentschaft

Madrid. Die Gerüchte, wonach die Regierung im Einverständnis mit der Kammermehrheit Alcala Zamora als einzigen Kandidaten für den Posten des Staatspräsidenten aufstellen will, bestätigen sich, nachdem der Partei Zamoras die fortschrittlichen Demokraten ihr Einverständnis gegeben haben. Zamora verlangt jedoch, daß in der Verfassung die Allgewalt der einzigen Kammer durch Bildung eines korporativen Rates abgeschwächt wird. Weiter fordert er eine Erleichterung der kirchenfeindlichen Bestimmungen.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,15: Schallplatten. 18,30: Konzert für die Jugend. 20,30: Aus Wien. 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,15: Schallplatten. 15,15: Vorträge. 17: Gottesdienst. 18,05: Kinderstunde. 18,30: Konzert für die Kinder. 18,50: Vorträge. 20,30: Aus Wien: 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Sonnabend, 7. November. 6,30: Funkgymnastik. 6,50: Schallplattenkonzert. 15,25: Kinderfunk. 15,50: Die Filme der Woche. 16,20: Das Buch des Tages. 16,35: Unterhaltungskonzert. 17,30: Landw. Preisbericht; anschl.: Krise der Demokratie. 17,55: Die Zusammenfassung. 18,30: Abendmusik. 19: Blick in die Zeit. 19,30: Fortsetzung der Abendmusik. 20: Das wird Sie interessieren! 20,30: Aus Wien: Europäisches Konzert. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,30: Aus Wien: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.



„Du Mama — nimm doch etwas Schokolade mit, falls ich unterwegs weinen sollte.“ (Nebelspalter.)

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Eichenau. Am Sonntag, den 8. November, vormittags um 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Fricowski eine Versammlung statt. Alle Parteigenossen, -genossinnen und Mitglieder der Freien Gewerkschaften werden aufgefordert, zu derselben zu erscheinen. Als Referent erscheint Genosse Sejmabgeordneter Dr. Glücksmann aus Bielitz.

Revolutionsfeier.

Groß-Kattowitz. Am Montag, den 9. November, abends 7½ Uhr, findet im Zentralhotel unsere diesjährige Revolutionsfeier statt. Referent Genosse Kowoll, Kinderfreunde und Arbeitersänger wirken mit. Sorgt für zahlreiche Beteiligung.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen am Sonntag, den 8. November 1931.

Zalenze. Vorm. 9½ Uhr, bei Golczyk. Referent zur Stelle.

Lipine. Vorm. 9½ Uhr, bei Machon. Referent zur Stelle.

Nowa-Wies. Vorm. 9½ Uhr, Belegschaftsversammlung der Fillebrandgrube bei Brenner.

Krol.-Huta, Chorzow. Vorm. 9½ Uhr, im Volkshaus. Referent zur Stelle.

Nikisz- und Giszewald. Vorm. 9½ Uhr, bei Kotyrba. Referent zur Stelle.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Freitag: Gesang von 8.30 Uhr.
Sonntag: Heimabend.
Um zahlreichen Besuch der Versammlung wird gebeten.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 6. November: Heimabend.
Sonnabend, den 7. November: Monatsversammlung um 7½ Uhr. 6 Uhr Vorstandssitzung.
Sonntag, den 8. November: Volkstänze, Kampflieder und Heimabend.
Montag, den 9. November: Revolutionsfeier.
Dienstag, den 10. November: Vortragsabend.
Mittwoch, den 11. November: Vortrag B. f. Arb.-Bildung.
Donnerstag, den 12. November: Falken.
Freitag, den 13. November: Heimabend.
Sonnabend, den 14. November: Falkenabend.

D. S. J. P. Myslowitz.

Sonnabend, den 7. November: Heimabend.
Montag, den 9. November: Vortrag.
Mittwoch, den 11. November: Musikprobe.
Sonnabend, den 14. November: Diskussionsabend.
Montag, den 16. November: Gesellschaftsspiele.
Mittwoch, den 18. November: Musikprobe.
Sonnabend, den 21. November: Vortrag.
Montag, den 23. November: Brettspiele.
Mittwoch, den 25. November: Musikprobe.
Sonnabend, den 28. November: Diskussionsabend.
Montag, den 30. November: Gesellschaftsspiele.
Jeder Abend findet pünktlich um 6 Uhr statt!

Arbeiter-Sängerbund.

Der Chorführerkursus findet nunmehr seine Fortsetzung. Die Teilnehmer werden daher gebeten, sich am nächsten Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, im Zentral-Hotel in Kattowitz einzufinden. Wie bekannt, besteht der Kursus aus theoretischem Unterricht und aus praktischen Uebungen. Diese letzteren beziehen sich hauptsächlich auf Probearbeit und Singübungen für Männergesang. Aus dieser praktischen Arbeit soll auch das Bundesquartett aufgebaut werden. Der gemischte Chorgesang wird im Kursus ebenfalls entsprechend berücksichtigt. Zweck des Kurses ist die Ausbildung von Hilfsdirigenten, bezw. Chorführern; der Leiter wendet sich daher in erster Reihe an musikalische und stimmbegabte Vereinsmitglieder, die das Erlernte dann auch in ihren Ortsvereinen praktisch verwenden sollen. Freundschaft! Schwierholz.

Am Sonntag, den 8. d. Mts., vormittags 10 Uhr, findet im „Zentral-Hotel“ eine Bundesvorstandssitzung statt, zu welcher das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder, der Herren Liedermeister, sowie der Kontrollkommission dringend erwünscht ist. Es stehen außerordentlich dringende Fragen zur Beratung.

Freie Sänger.

Siemianowitz. Alle Theaterspieler von Postillon am Sonnabend, 7 Uhr abends, im Uebungslokal zur Rollenverteilung.

Kostuchna. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am Sonnabend, den 7. November, statt.

Myslowitz. Sonntag, den 8. November, nachmittags 4 Uhr, Gesangprobe. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Nach der Probe Stellungnahme zu der Budapester Fahrt im Mai 1932.

Freie Turner Kattowitz.

Am Sonnabend, den 7. November 1931, abends 8 Uhr, Zimmer 15, findet der offizielle Mannschaftsabend statt. Pünktliches Erscheinen aller Handballer ist Pflicht.

Kattowitz. (Ortsausschuß und freie Gewerkschaften.) Sonnabend, den 7. November, abends 6 Uhr, im Zentralhotel, Vorstandssitzung des Ortskartells. Zu dieser Sitzung sind auch die Vorsitzenden der, dem Ortskartell Kattowitz angeschlossenen freien Gewerkschaften eingeladen. Tagesordnung sehr wichtig, daher vollzähliges Erscheinen notwendig.

Kattowitz. (Kochstube.) Am Donnerstag, den 12. November, abends 7 Uhr, findet im Saale des Zentral-Hotels eine Interessentenversammlungs, zwecks Besprechung wichtiger Angelegenheiten statt, zu der zahlreiches Erscheinen erwünscht wird.

Kattowitz. (Freidenker.) Am Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Zentralhotel, Zimmer 15 die fällige Mitgliederversammlung statt. Gäste willkommen.

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, findet in Wielkie Hajduki beim Herrn Brzezina, früher Niestroj, ulica Kalina 69, eine Protestversammlung sämtliche Mieter aus Krol.-Huta, Wielkie Hajduki, Schwientochlowitz, Kochlowitz, Wierek und Umgegend statt. Referent: Sejmabgeordneter Dr. Glücksmann und Janta.

Königshütte. (D. S. J. P.) Am Sonnabend, den 7. November, abends 7½ Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung, daher vollzähliges Erscheinen erwünscht. Um 6 Uhr Vorstandssitzung.

Myslowitz. (D. S. J. P.) Sonntag, den 8. November, um 3 Uhr nachmittags, findet im Vereinszimmer (bei Herrn Chilinski, Ring) unsere Monatsversammlung statt. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.